



Ingo Pies und Christof Wockenfuß

Armutsbekämpfung versus Demokratieförderung:
Wie lässt sich der entwicklungspolitische Trade-
Off überwinden?

Diskussionspapier Nr. 2008-3

des Lehrstuhls für Wirtschaftsethik
an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg,
hrsg. von Ingo Pies,
Halle 2008

Haftungsausschluss

Diese Diskussionspapiere schaffen eine Plattform, um Diskurse und Lernen zu fördern. Der Herausgeber teilt daher nicht notwendigerweise die in diesen Diskussionspapieren geäußerten Ideen und Ansichten. Die Autoren selbst sind und bleiben verantwortlich für ihre Aussagen.

ISBN 978-3-86829-015-8

ISBN 978-3-86829-030-1 (elektronische Form)

ISSN 1861-3594 (Printausgabe)

ISSN 1861-3608 (Internetausgabe)

Autorenanschrift

Prof. Dr. Ingo Pies

Lehrstuhl für Wirtschaftsethik
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Juristische und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät
Wirtschaftswissenschaftlicher Bereich
Große Steinstraße 73
06108 Halle
Tel.: +49 (0) 345 55-23420
Email: ingo.pies@wiwi.uni-halle.de

Christof Wockenfuß

Lehrstuhl für Wirtschaftsethik
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Juristische und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät
Wirtschaftswissenschaftlicher Bereich
Große Steinstraße 73
06108 Halle
Telefon: +49 (0) 170 2445924
Email: chwockenfuss@gmx.de

Korrespondenzanschrift

Prof. Dr. Ingo Pies

Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Juristische und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät
Wirtschaftswissenschaftlicher Bereich
Lehrstuhl für Wirtschaftsethik
Große Steinstraße 73
06108 Halle
Tel.: +49 (0) 345 55-23420
Fax: +49 (0) 345 55 27385
Email: ingo.pies@wiwi.uni-halle.de

Kurzfassung

Die internationale Entwicklungszusammenarbeit verfolgt zwei Ziele: Armutsreduzierung und Demokratisierung. Auf der Grundlage eines Rational-Choice-Modells wird gezeigt, dass diese Ziele in einem Konflikt zueinander stehen, wenn Maßnahmen westlicher Entwicklungspolitik in und auf Diktaturen angewandt werden. Es liegt ein Trade-Off vor: Mehr Armutsbekämpfung bedeutet weniger Demokratisierung – und umgekehrt. Dieser Trade-Off lässt sich auflösen, wenn es gelingt, bei diktatorischen Regimes ein Interesse daran zu wecken, ihrer Bevölkerung gegenüber weniger repressiv aufzutreten. Hierfür müsste die internationale Entwicklungszusammenarbeit mit einem geeigneten Ordnungsrahmen versehen werden. Der vorliegende Beitrag skizziert ein institutionelles Arrangement, das dazu beitragen könnte. Die zugrunde liegende These lautet, dass dieses Arrangement den Trade-Off überwinden würde und dass sowohl demokratische Regierungen als auch Diktatoren ein Interesse an seiner Implementierung hätten.

Schlagwörter: Demokratie, Diktatur, Demokratisierung, Entwicklungszusammenarbeit, Armutsbekämpfung, internationale öffentliche Güter, Global Governance

Abstract

International development and co-operation policies try to achieve two goals simultaneously: poverty alleviation and democratization. Using a rational choice approach to non-democratic regimes, this paper argues that there is a trade-off between these two goals whenever western development policies are applied to, or within, dictatorships. In any such cases, more poverty alleviation means less democratization, and vice versa. It is possible to overcome this trade-off, however, if one can arouse the interest of dictatorial regimes to be less repressive towards their citizens. To accomplish this, development co-operation requires an appropriate framework. This article sketches an institutional arrangement that could contribute to this task. The underlying thesis is that this arrangement would be able to overcome the trade-off between poverty alleviation and democratization, and that democratic governments as well as dictators do have a common interest in implementing it.

Key Words: democracy, dictatorship, democratization, development cooperation, poverty alleviation, international public goods, global governance

JEL Classification: D52, D78, F35, F51, F55, H87

Armutsbekämpfung versus Demokratieförderung: Wie lässt sich der entwicklungspolitische Trade-Off überwinden?

Ingo Pies und Christof Wockenfuß

I. Problemstellung

Hält man sich an die internationalen Verlautbarungen zur Entwicklungszusammenarbeit, so stehen zwei Ziele im Vordergrund, die simultan verfolgt und erreicht werden sollen: Armutsbekämpfung und Demokratieförderung. Ein besonders anschauliches Beispiel hierfür bietet die *Millennium Declaration*. Sie wurde im September 2000 von den Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen verabschiedet. In dieser Resolution werden zunächst wichtige ‚wirtschaftliche‘ Entwicklungsziele genannt, die bis zum Jahr 2015 erreicht werden sollen. So liest man: „We resolve ... (t) to halve, by the year 2015, the proportion of the world’s people who suffer from hunger and, by the same date, to halve the proportion of people who are unable to reach or to afford safe drinking water“¹. Zusätzlich enthält die Resolution ein starkes Bekenntnis zur Demokratieförderung: „We will spare no effort to promote democracy and strengthen the rule of law, as well as respect for all internationally recognized human rights and fundamental freedoms“².

Im Jahr 2007, auf halbem Wege zwischen dem Jahrtausendwechsel und dem Zieljahr 2015, gelangt der *Millennium Development Goals Report* der Vereinten Nationen zu folgender Zwischenbilanz (Abb. 1a): Während in Ostasien – weitgehend bedingt durch die positive Entwicklung Chinas – der Anteil der Menschen, die in absoluter Armut³ leben, im Zeitraum von 1990 bis 2004 von 33% auf ca. 10% zurückging, war in Afrika südlich der Sahara lediglich ein Rückgang von 46,8% auf 41,1% zu verzeichnen. Auch in den wichtigsten anderen Zielregionen (Nordafrika, Lateinamerika, West-, Ost-, Südost- und Südasiens) waren die Fortschritte weniger überzeugend, wobei mit Ausnahme Afrikas südlich der Sahara im Zeitraum von 1999 bis 2004 in allen Regionen geringere Fortschritte erzielt wurden als in den 1990er Jahren. In Westasien stieg der Anteil der Menschen, die von weniger als einem Dollar am Tag leben, sogar an, und zwar sowohl in den 1990er Jahren als auch nach der Jahrtausendwende. So kommt der Fortschrittsbericht zu dem Ergebnis: „The poorest are getting a little less poor in most regions.“⁴ Zugleich wird die Einschätzung geäußert, dass wohl größere Fortschritte notwendig wären, um das genannte Entwicklungsziel bis zum Jahr 2015 zu erreichen.

Wie steht es im Vergleich dazu mit dem Ziel der Demokratisierung? Folgt man den Angaben von Freedom House, so hat sich zwischen 1987 und 1996 die Anzahl der Wählerdemokratien⁵ weltweit nahezu verdoppelt (vgl. Abb. 1b). Samuel P. Huntington

¹ UNO (2000; S. 5).

² UNO (2000; S. 6).

³ Als absolute Armutsgrenze gilt seit 2000 ein täglicher Konsum im Gegenwert von 1,08 US-Dollar pro Person in Kaufkraftparität von 1993. Vgl. UNO (2007; S. 7).

⁴ UNO (2007; S. 7).

⁵ Freedom House (2007) stuft ein politisches Regime als ‚electoral democracy‘ ein, wenn es folgende Merkmale aufweist: (1.) ein Mehrparteiensystem mit Parteienwettbewerb, (2.) das allgemeine Erwachsenenwahlrecht, (3.) regelmäßige freie, geheime, sichere und faire Wahlen und (4.) einen

prägte in diesem Zusammenhang den Begriff einer „Dritten Demokratisierungswelle“.⁶ Insbesondere mit dem Ende des Ost-West-Konflikts um das Jahr 1990 verbanden sich große Hoffnungen. Erwartet wurde vielfach, dass der bereits in den 1980er Jahren einsetzende Schub in Richtung Demokratie durch die Transformationsprozesse in den ehemals sozialistischen Ländern sich verstärken und weltweit ausgreifen würde. Dieses welthistorisch spektakuläre Phänomen hat seinerzeit einige Intellektuelle zu der Einschätzung veranlasst, die demokratisch verfasste Marktwirtschaft habe sich nun endgültig gegenüber anderen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen durchgesetzt: ein „Ende der Geschichte“ sei erreicht oder stehe unmittelbar bevor.⁷

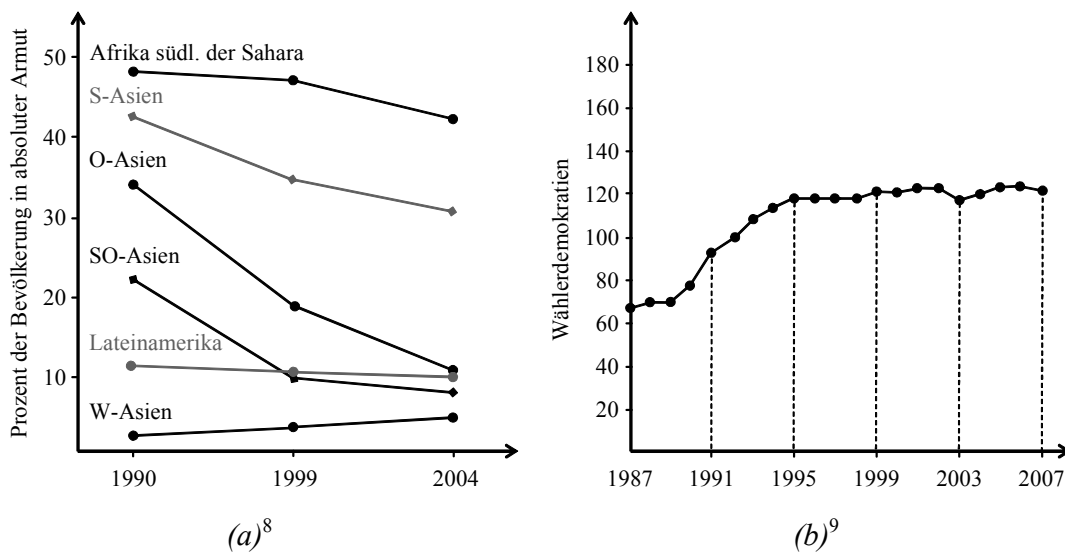


Abb. 1: Wirtschaftliche und politische Entwicklung

Allerdings lässt dieses vermeintliche Ende der Geschichte bis heute auf sich warten. Die „Dritte Demokratisierungswelle“ ist bereits Mitte der 1990er Jahre verebbt, und zwar relativ unabhängig davon, welche der gängigen Definitionen oder Indizes man zugrunde legt. Folgt man auch hier Freedom House, so schwankt die Anzahl der Wählerdemokratien seit etwa 1995 um den Wert 120. Empirisch sind also seit über einem Jahrzehnt weltweit netto praktisch keine Demokratisierungsfortschritte mehr zu verzeichnen. Dabei kann der Status quo angesichts des entwicklungspolitischen Demokratisierungsziels wohl kaum befriedigend genannt werden: Als ‚frei‘ in bezug auf politische Rechte und Bürgerfreiheiten stuft Freedom House für das Jahr 2006 nur 90 von 193 untersuchten Ländern ein. Diese repräsentieren weniger als die Hälfte der

offenen Zugang der Parteien zu den Medien und offen geführte Wahlkämpfe. Vgl. das Kapitel zur Methodologie in Freedom House (2007).

⁶ Vgl. Huntington (1991). Die erste Demokratisierungswelle wird für den Zeitraum zwischen 1830 und 1930 angesetzt, die zweite unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg. In beiden Wellen überstieg die Zahl der neu entstehenden Demokratien die Zahl der Rückfälle in nicht-demokratisch verfasste politische Ordnungen.

⁷ Vgl. Fukuyama (1992).

⁸ Quelle: UNO (2007, S. 7).

⁹ Quelle: Freedom House (2007) und (2008).

Weltbevölkerung. Die entwicklungspolitische Bilanz fällt also im Bereich der Demokratieförderung noch ungünstiger aus als bei der Armutsbekämpfung.¹⁰

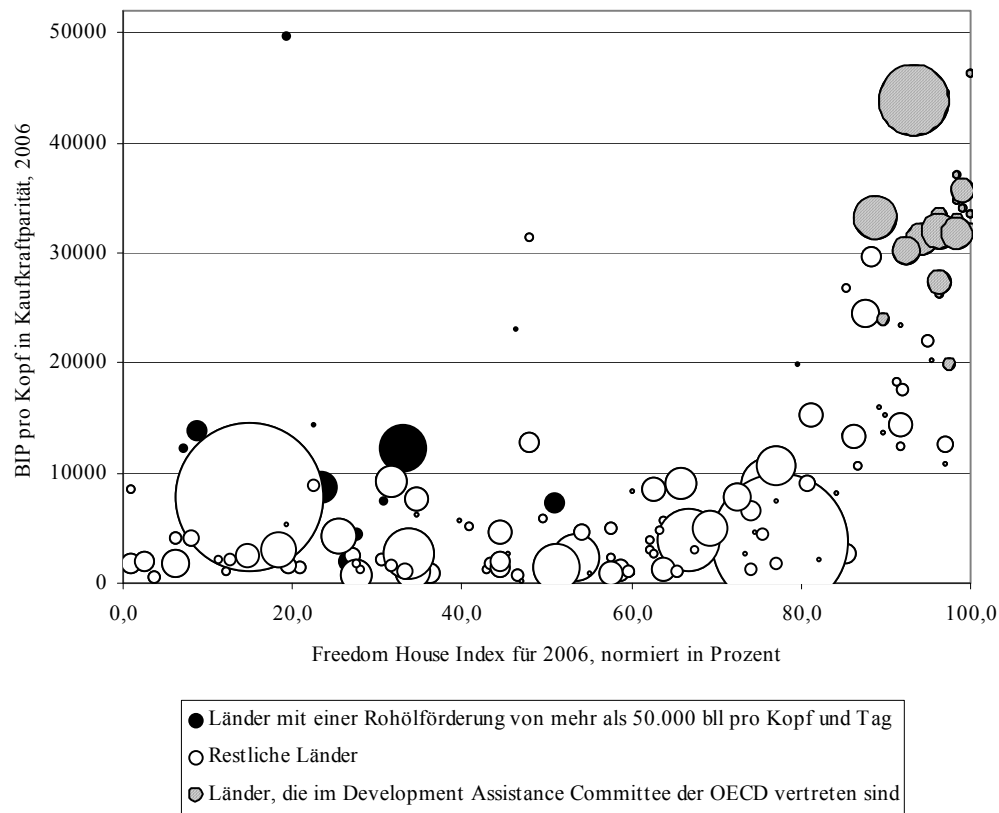


Abb. 2: Wohlstand und Freiheit¹¹

Ein weiterer Umstand kommt erschwerend hinzu: Mit Ausnahme einiger besonders erdöltreicher Diktaturen sind ausgerechnet diejenigen Länder, welche die größten Demokratiedefizite aufweisen, gleichzeitig auch besonders von Armut betroffen (vgl. Abb. 2). Die beiden Probleme treten also *simultan* auf. Zugespitzt formuliert bedeutet dies: Die Regierungen wohlhabender Demokratien haben es entwicklungspolitisch vor allem mit ökonomisch rückständigen Diktaturen zu tun.

Vor diesem Hintergrund sind Zweifel angebracht, ob es überhaupt ohne weiteres möglich ist, *gemeinsam* mit Diktaturen im Rahmen einer partnerschaftlichen Entwicklungs-, 'Zusammenarbeit' ein Demokratisierungsziel (sic) zu verfolgen. Es stellt sich folgende Doppelfrage: (a) Stehen im Hinblick auf Diktaturen die deklarierten Ziele der Armutsbekämpfung und der Demokratisierung möglicherweise in einem Konflikt zueinander? (b) Und wie könnte man gegebenenfalls mit einem solchen Konflikt intelligent umgehen?

Abbildung 3a verdeutlicht das Problem eines Trade-Off zwischen den beiden entwicklungspolitischen Zielen:¹² Unter bestimmten situativen Bedingungen lässt sich

¹⁰ Vgl. Freedom House (2007).

¹¹ Quelle: eigene Berechnung aus Freedom House (2007) und Central Intelligence Agency (2007).

¹² Sunde (2006; S. 472) diskutiert das Problem eines möglichen Trade-Off aus folgender Perspektive: Er ist der Ansicht, dass anhand empirischer Untersuchungen zu klären wäre, ob Demokratisierung

das eine Ziel nur auf Kosten des anderen anstreben. Mehr Armutsbekämpfung bedeutet dann weniger Demokratieförderung – und umgekehrt. Hier gilt die Logik des Entweder-Oder.

Abbildung 3b verdeutlicht die Stoßrichtung eines intelligenten Lösungsversuchs. Das wirtschaftsethische Konzept der ‚orthogonalen Positionierung‘ setzt auf einen Wechsel der Denkrichtung um neunzig Grad. Durch einen solchen Perspektivwechsel kann es gelingen, bisher übersehene Problemlösungen in den Blick zu nehmen: Die orthogonale Positionierung setzt auf die gezielte Veränderung der Rahmenbedingungen, auf institutionelle Reformen, in deren Folge der Trade-Off aufgehoben und der Logik des Sowohl-Als-Auch zum Durchbruch verholfen wird. Es geht also darum, Lösungskonzepte zu finden – und notfalls zu erfinden –, die gewährleisten, dass die Verfolgung *beider* Ziele – wie offiziell deklariert – Hand in Hand gehen kann. Auch wenn es zunächst kontra-intuitiv anmuten mag: Gelingt eine orthogonale Positionierung, dann können sich Diktatoren durchaus darauf einlassen, im Rahmen einer wechselseitig vorteilhaften Entwicklungszusammenarbeit nicht nur bei der Armutsbekämpfung, sondern gerade auch bei der Demokratieförderung konstruktiv mitzuwirken.

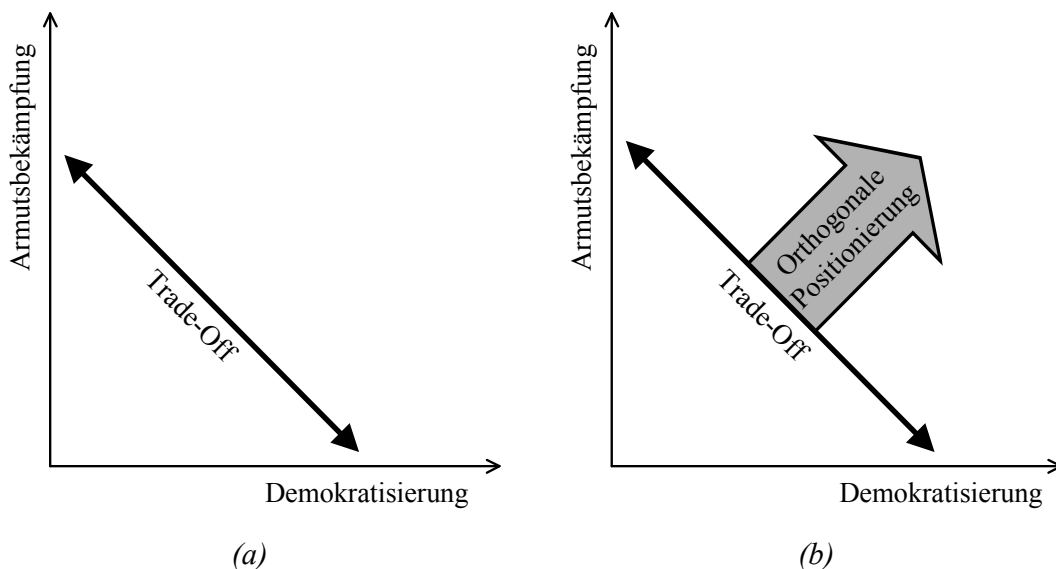


Abb. 3 Die orthogonale Positionierung

Diesem Beitrag liegt die These zugrunde, dass die Vereinbarkeit der beiden entwicklungspolitischen Ziele nicht einfach als *Vorgabe* deklariert werden kann, sondern dass sie als *Gestaltungsaufgabe* verstanden werden muss. Die Herausforderung ist alles andere als trivial, aber sie lässt sich bewältigen, wenn sie nur richtig erkannt wird: Soll der Trade-Off überwunden werden, dann darf man nicht

eher ein von sozioökonomischen Variablen getriebener Prozess ist, oder ob umgekehrt Wohlstand eher aus Demokratisierungsprozessen entsteht. Sei diese Frage beantwortet, dann könne einem der beiden Entwicklungsziele der Vorrang eingeräumt werden. Ganz abgesehen davon, dass diese Frage bisher nicht auch nur annäherungsweise eindeutig beantwortet ist, verstellt eine solche Perspektive von vornherein den Blick auf die Alternative – und einzig attraktive Option –, den Trade-Off durch eine gezielte Gestaltung des Ordnungsrahmens der internationalen Entwicklungszusammenarbeit aufzuheben.

einfach über ihn hinwegsehen, sondern muss ihn klar ins Auge fassen: Eine erfolgreiche Therapie setzt eine zutreffende Diagnose voraus, wenn man nicht auf puren Zufall setzen will.

Die folgenden Ausführungen widmen sich der Ausarbeitung dieser These. Sie stützen sich auf die neuere Literatur zur Wirtschaftsethik¹³ sowie zur ökonomischen Autokratieforschung¹⁴ und setzen damit einen anderen Akzent als die in jüngster Zeit sehr kontrovers geführte Diskussion darum, ob in der Entwicklungszusammenarbeit – nach dem Motto: ‚more of the same‘ – mehr Geld eingesetzt werden sollte, um einen ‚big push‘ auszulösen.¹⁵

Der Gang der Argumentation ist gedanklich in drei Schritte unterteilt. Im ersten Schritt wird ein einfaches Modell diskutiert, mit dem sich die ‚black box‘ der Diktatur als politisches Regime öffnen lässt. Hier wird gezeigt, dass es in der Tat – unter bestimmten Bedingungen – zu einem Trade-Off kommt, weil das Bemühen um Armutsreduktion systematisch in einen Konflikt zum Demokratisierungsziel gerät. Damit wird ein Problem identifiziert, mit dem sich die Theorie und Praxis der Entwicklungszusammenarbeit in Zukunft sehr viel intensiver beschäftigen muss, als dies in der Vergangenheit der Fall war.

Im zweiten Schritt wird – modellgestützt – der Frage nachgegangen, ob es überhaupt denkbar ist, Diktatoren für eine Zusammenarbeit zu gewinnen, wenn ausgerechnet Demokratisierung als das Ziel dieser Zusammenarbeit ausgewiesen wird. Die Antwort ist kontra-intuitiv: Gestützt auf das Modell, wird ein Potential für eine echte Entwicklungszusammenarbeit identifiziert, ein Potential für eine *wechselseitige* Besserstellung. Sodann werden auf dieser Basis zwei Ordnungsprobleme identifiziert, deren Verschränkung dazu geführt hat, dass dieses Potential bislang nicht voll

¹³ Vgl. Homann und Pies (1994a), (1994b), Pies (2000a) sowie Pies und Sardison (2006). In neueren Veröffentlichungen wird der methodische Ansatz einer ökonomischen Theorie der Moral auch als ‚Ordonomik‘ ausgewiesen: als eine rational-choice-basierte Analyse der Interdependenz von Sozialstruktur und Semantik. Vgl. hierzu Pies (2007), Pies, Beckmann und Hielscher (2007) sowie Pies (2008). In diesem Ansatz nimmt die Argumentationsfigur der orthogonalen Positionierung einen systematischen Stellenwert ein.

¹⁴ Seit den 1940er Jahren wurden in der Tradition einer Political Economy erstmals Rational-Choice-Modelle zur Analyse der Demokratie entwickelt. Vgl. hierzu Schumpeter (1942), Arrow (1951), Downs (1957), Becker (1958, 1982), Buchanan und Tullock (1962, 1990) sowie Olson (1965). Analog dazu wurden seit Mitte der 1980er Jahre erstmals Rational-Choice-Modelle zur Analyse der Diktatur entwickelt. Zu den Vorreitern zählen Tullock (1987), Wintrobe (1990) und (1998), Olson (2000) sowie Acemoglu und Robinson (2006).

¹⁵ Die Big-Push-These wird prominent von Sachs (2005) vertreten. Ihm widerspricht Easterly (2001) und (2006), der generelle Zweifel anmeldet. Diese Diskussion ist durch eine schiefe Gegenüberstellung von entwicklungseuphorischen und entwicklungs-skeptischen Argumenten gekennzeichnet. Kurz: Es mangelt an einer orthogonalen Positionierung, die die relevanten Alternativen so bestimmt, dass konstruktive Lösungen sichtbar werden. Der empirische Hintergrund dieser Kontroverse besteht darin, dass sich die offiziellen Entwicklungshilfeleistungen der 22 Mitgliedsländer des Development Assistance Committee (DAC) der OECD von 54,6 Mrd. US-Dollar im Durchschnitt der Jahre 1990 und 1991 auf 104,4 Mrd. US-Dollar im Jahr 2006 knapp verdoppelt haben. Gleichzeitig haben sich die Netto-Zahlungsströme von den DAC-Ländern zu den Entwicklungsländern im gleichen Zeitraum von 85,5 Mrd. US-Dollar auf 304,1 Mrd. US-Dollar erhöht und damit mehr als verdreifacht. Vgl. OECD (2008; S. 138). Vor diesem Hintergrund wäre schon viel gewonnen, wenn man nicht mehr nur darüber streiten würde, ob noch mehr Geld zur Verfügung gestellt werden soll, sondern die Auseinandersetzung darauf fokussieren würde, wie der Ordnungsrahmen für eine erfolgreiche(re) Entwicklungszusammenarbeit beschaffen sein muss. Der vorliegende Beitrag verfolgt diese Stoßrichtung.

ausgeschöpft wird und dass auch in Zukunft nicht damit zu rechnen ist, dass sich Problemlösungen spontan einstellen werden. Vielmehr ist hierzu eine gezielte Gestaltung des Ordnungsrahmens erforderlich.

Im dritten Schritt wird diese Diagnose in eine Therapieperspektive überführt. Es wird ein institutionelles Arrangement skizziert, das möglicherweise geeignet wäre, das Potential für Demokratisierungsfortschritte besser als bisher auszuschöpfen. Natürlich kann hier kein bis ins Detail ausgearbeiteter Reformvorschlag präsentiert werden. Ein solcher Anspruch wäre beim gegenwärtigen Erkenntnisstand vermessen – buchstäblich im Hayekschen Sinne: eine Anmaßung von Wissen. Gleichwohl zeigen die Überlegungen, dass von der ökonomischen Argumentation eine starke Orientierungskraft ausgeht. Die Therapieskizze markiert heuristisch eine Stoßrichtung für das zukünftige Nachdenken über die Theorie und Praxis der internationalen Entwicklungszusammenarbeit. Sie indiziert weiteren Forschungsbedarf.

II. Ein Modell: Wie *re(a)*gieren Diktatoren?

Im Folgenden wird ein Modell vorgestellt, das an die Arbeiten von Ronald Wintrobe anknüpft, um auf dieser Basis jedoch etwas andere Schlüsse zu ziehen als er selbst.¹⁶ Die Argumentation ist in zwei Schritte unterteilt. Der erste Schritt untersucht die Binnenlogik diktatorischer Regimes. Hier steht die Frage im Vordergrund, wie Diktatoren regieren. Im zweiten Schritt wird untersucht, wie diktatorische Regimes aufgrund ihrer Binnenlogik äußere Impulse verarbeiten. Hier steht die Frage im Vordergrund, wie Diktatoren reagieren. Es wird gezeigt, dass entwicklungspolitische Maßnahmen zur Armutsbekämpfung etwaige Demokratisierungsfortschritte in Diktaturen behindern können und dass umgekehrt ein forcierter Druck hin zur Demokratisierung das Armutproblem in Diktaturen verschärfen kann. Im Normalfall besteht also ein Trade-Off zwischen den beiden entwicklungspolitischen Zielen.

1. Wie regieren Diktatoren?

Im Hinblick auf das hier zugrunde liegende Erkenntnisinteresse besteht die Herausforderung darin, nicht ein möglichst differenziertes, sondern im Gegenteil ein möglichst einfach gehaltenes Modell der Diktatur zu formulieren, um die Forschungsperspektive auf den entscheidenden Sachverhalt fokussieren zu können. Zu diesem Zweck wird angenommen, dass ein Diktator als politischer Alleinherrscher fungiert und dass sich sein Verhalten so *rekonstruieren* lässt, *als sei* er ein rationaler Akteur.

Unterstellt wird zum einen, dass der Diktator nicht nur die institutionelle Verfassung, den Ordnungsrahmen, für sein Land allein festlegen kann, sondern aus diesem Grund auch die einzelnen politischen Maßnahmen bestimmt, die innerhalb dieses Rahmens von seinem Regime ergriffen werden. Kurz: Der Diktator ist Herr über Polity und Policy.

¹⁶ Vgl. Wintrobe (1990) und (1998). Die hier vorgestellte Modellierung fokussiert auf den inhaltlichen Kern von Wintrobes Modell und blendet bestimmte Zusammenhänge bewusst aus, die Wintrobe selbst in logische Inkonsistenzen geführt haben könnten. Formale Abweichungen sind jeweils durch Fußnoten ausgewiesen.

Unterstellt wird zum anderen, dass der Diktator zwei Ziele verfolgt: Einerseits ist er an seinem individuellen Konsum interessiert. Andererseits will (und muss) er politisch gestalten und Macht ausüben. Macht kann er auf zweierlei Weise generieren, gemäß dem Motto: Zuckerbrot und Peitsche. Die erste Option besteht darin, sich die Unterstützung von Teilen der Bevölkerung zu erkaufen. Zu diesem Zweck können Mitgliedern des eigenen Familienclans und Anhängern des Regimes Privilegien gewährt werden. Auch ist es möglich, sich durch die Bereitstellung öffentlicher Güter beim Volk beliebt zu machen, indem man beispielsweise Ressourcen für die Verkehrsinfrastruktur, für Schulen und Krankenhäuser einsetzt. Diese erste Option zur Generierung von Macht wird im Folgenden als Loyalitätskauf bezeichnet.¹⁷ Die zweite Option besteht darin, auf Gewalt oder die Androhung von Gewalt zu setzen, um eine etwaige Opposition zu entmutigen und die Bevölkerung gehorsam und gefügig zu machen. Einem Diktator steht hierfür eine breite Palette von Maßnahmen zur Verfügung. Das Spektrum reicht von der Pressezensur über willkürliche Verhaftungen vermeintlicher Oppositioneller bis hin zur Folter. Diese zweite Option zur Generierung von Macht wird im Folgenden als Repression bezeichnet.

In Anlehnung an Wintrobe lassen sich diese Überlegungen in eine mikroökonomische Terminologie übersetzen: Der Diktator hat Ziele, die er mit gegebenen Mitteln so gut wie möglich zu erreichen sucht. Insofern muss er alternative Mittelverwendungen gegeneinander abwägen. Man kann sich das so vorstellen: Der Diktator hat Zugriff auf die gesamten Ressourcen des Regimes. Diese bilden ein Budget B , über dessen Verwendung er frei verfügen kann. Er teilt nun in einem ersten Schritt diese Ressourcen auf zwei konkurrierende Verwendungen auf, nämlich auf seinen privaten Konsum C und auf die Ausübung politischer Macht π . Seine Nutzenfunktion lautet: $U = U(C, \pi)$.¹⁸ Ferner wird angenommen, dass jede der beiden Aktivitäten einen durchgängig positiven, aber abnehmenden Grenznutzen stiftet.¹⁹ Des Weiteren werden konstante Preise P_C und P_π^* pro Einheit Konsum und pro Einheit Machtausübung angenommen. Folglich lässt sich die Budgetfunktion schreiben als $B = P_C C + P_\pi^* \pi$.

Derjenige Teil der insgesamt verfügbaren Ressourcen, der zur Machtausübung eingesetzt werden soll, wird als Staatsbudget B_π bezeichnet. Diese Mittel teilt der Diktator nun in einem zweiten Schritt auf wiederum zwei konkurrierende Verwendungen auf: Zum einen kann er in einem gewissen Umfang öffentliche Güter bereitstellen oder bestimmten Personen Privilegien gewähren, um sich durch Loyalitätskauf L der Billigung (einiger) seiner Untertanen zu versichern und somit auf gewaltfreiem Wege Macht zu generieren und auszuüben.²⁰ Zum anderen kann der

¹⁷ Anders Wintrobe (1998), S. 47. Er unterscheidet zwischen ‚Loyalty‘ (im Sinne von Privilegien) und ‚Economic Performance‘ (im Sinne der Bereitstellung öffentlicher Güter). Weiter nimmt er Wechselwirkungen zwischen diesen Größen an, welche allerdings im Hinblick auf die hier interessierende Fragestellung keinen Erkenntnisgewinn generieren.

¹⁸ Wintrobe unterscheidet zwischen verschiedenen idealtypischen Diktatoren, die beispielsweise nur privaten Konsum oder nur politische Macht anstreben. Erstere nennt er „tinpots“, letztere „totalitarians“. Vgl. insbesondere Wintrobe (1990). Diese Unterscheidung ist jedoch im Hinblick auf die von Wintrobe vorgeschlagene Problemlösung nicht relevant und wird deshalb hier ausgeblendet.

¹⁹ Formal ausgedrückt, sind die ersten Ableitungen der Nutzenfunktion positiv, die zweiten Ableitungen hingegen negativ. Es gilt: $U_C > 0$, $U_\pi > 0$, $U_{CC} < 0$ und $U_{\pi\pi} < 0$.

²⁰ In Abweichung zu Wintrobe (1998) wird hier angenommen, dass sowohl die Bereitstellung öffentlicher Güter als auch die Gewährung von Privilegien eine durchgängig positive, aber fallende Grenzproduktivität in Bezug auf die Generierung von Loyalität aufweist. Kurz: Alle nicht-repressiven Maßnahmen, die zur Generierung und Ausübung politischer Macht geeignet sind, werden hier vereinfacht als Loyalitätskauf bezeichnet, und es wird unterstellt, dass jedes Mehr dieser

Diktator aber auch zum Mittel der Repression R greifen, um seine politischen Vorhaben gewaltsam durchzusetzen.

Für die Produktion von Macht durch Loyalitätskauf und Repression wird angenommen, dass die beiden Produktionsfaktoren L und R durchgängig positive, aber abnehmende Grenzproduktivitäten aufweisen.²¹ Ferner wird unterstellt, dass die Preise dieser beiden Produktionsfaktoren P_L und P_R konstant sind.²² Die Machtproduktionsfunktion lässt sich dann schreiben als $\pi = \pi(L, R)$, und man erhält als Staats-Budgetfunktion $B_\pi = B - P_C C = P_\pi^* \pi = P_L L + P_R R$.

Ein rationaler Diktator würde die Werte der endogenen Variablen des Modells so wählen, dass sein individueller Nutzen $U(C, \pi(L, R))$ bei gegebenen Ressourcen und Preisen möglichst groß ausfällt. Dies ist dann der Fall, wenn simultan drei Bedingungen erfüllt sind: Im Nutzenmaximum sind (a) die Grenznutzen der zuletzt beschafften Mengeneinheiten für Konsum und Machtausübung gerade ausgeglichen. Zugleich sind (b) die Grenzproduktivitäten der zuletzt eingesetzten Teilmengen der Produktionsfaktoren Loyalitätskauf L und Repression R gerade ausgeglichen. Und schließlich bleiben (c) keine Ressourcen ungenutzt, weder bei der Nutzenstiftung noch bei der Machtproduktion.

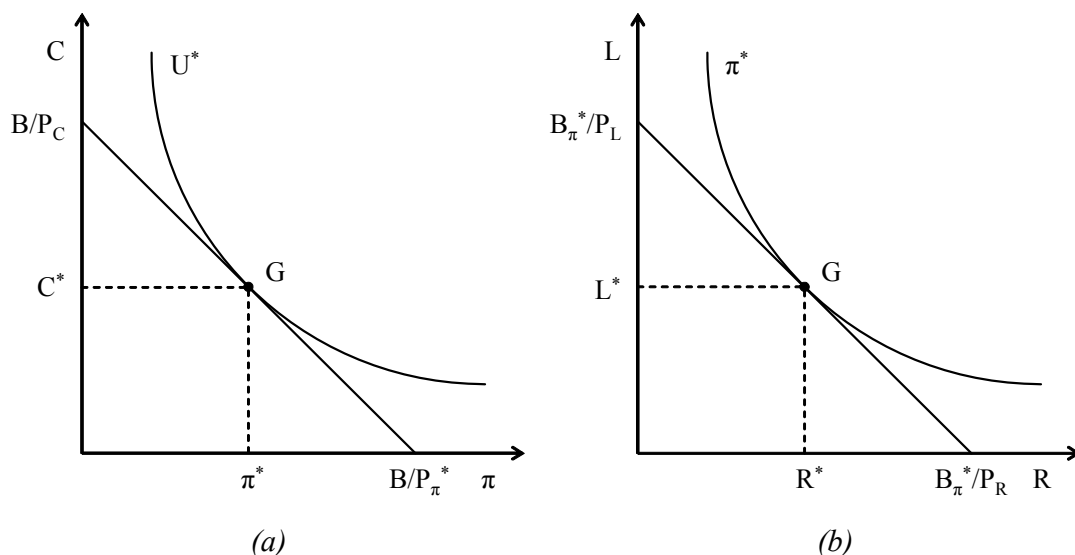


Abb. 4: Grundmodell einer perfekten Diktatur

Dieses Rational-Modell diktatorischer Nutzenmaximierung und Machtproduktion sowie die simultanen Optimalitätsbedingungen sind in Abb. 4 graphisch dargestellt. Die Indifferenzkurve U^* in Abb. 4a repräsentiert die persönlichen Macht-Konsum-Präferenzen des Diktators. Die Machtisokuante π^* in Abb. 4b hingegen repräsentiert das Austauschverhältnis zwischen Loyalitätskauf und Repression bei der diktatorischen Produktion von Macht. Der Punkt G in beiden Abbildungen bezeichnet die

Maßnahmen für die Bevölkerung ein Weniger an materieller Armut bedeutet. Mögliche Wechselwirkungen zwischen Repression und Loyalitätskauf werden vernachlässigt.

²¹ Formal ausgedrückt, sind die ersten Ableitungen der Produktionsfunktion positiv, die zweiten Ableitungen hingegen negativ. Es gilt: $\pi_L > 0$, $\pi_R > 0$, $\pi_{LL} < 0$ und $\pi_{RR} < 0$.

²² Anders Wintrobe (1998; S. 49).

gleichgewichtige Kombination der Variablen U , C , π , L und R , deren Optimalwerte jeweils durch Sterne gekennzeichnet sind. Vereinfacht gesagt, strebt ein Diktator diesem Modell zufolge bei gegebenen Ressourcen ein aus seiner subjektiven Sicht optimales Mischungsverhältnis an zwischen privatem Konsum, der Ausübung politischer Macht, dem Kauf von Loyalität und der repressiven Unterdrückung der Bevölkerung.

Aus der Perspektive dieses Modells drängt sich eine interessante Frage auf: Wodurch unterscheiden sich Demokratien von Diktaturen?²³ Nimmt man an, dass auch demokratisch gewählte Politiker an privatem Konsum und an politischer Gestaltung interessiert sind, und dass auch sie sich durch die Bereitstellung öffentlicher Güter und durch die Gewährung von Privilegien die Loyalität möglichst großer Teile der Bevölkerung erwerben (müssen), dann verbleibt in diesem Modellrahmen als einziges systematisches Unterscheidungskriterium das Repressionsniveau.

Tatsächlich existieren in konsolidierten Demokratien, anders als in Diktaturen, institutionelle Schranken, welche die Regierenden daran hindern, nach Belieben Repression zur Machtausübung einzusetzen. Folglich lassen sich politische Regimes im Hinblick auf die Machtproduktivität potentieller Repressionsmittel (z.B. eines Panzers) unterscheiden: Eine Demokratie ist konstitutionell so verfasst, dass es den herrschenden Politikern – anders als in einer Diktatur – gerade *nicht* möglich ist, Repression willkürlich gegen die Bürger einzusetzen, um ihre Macht abzusichern. Gewalt ist kein Mittel demokratischer (Innen-)Politik, aber sehr wohl ein Mittel diktatorischer (Innen-)Politik. Der Unterschied wird also nicht bei den subjektiven Präferenzen verortet, sondern vielmehr bei den objektiven Restriktionen politischer Akteure.

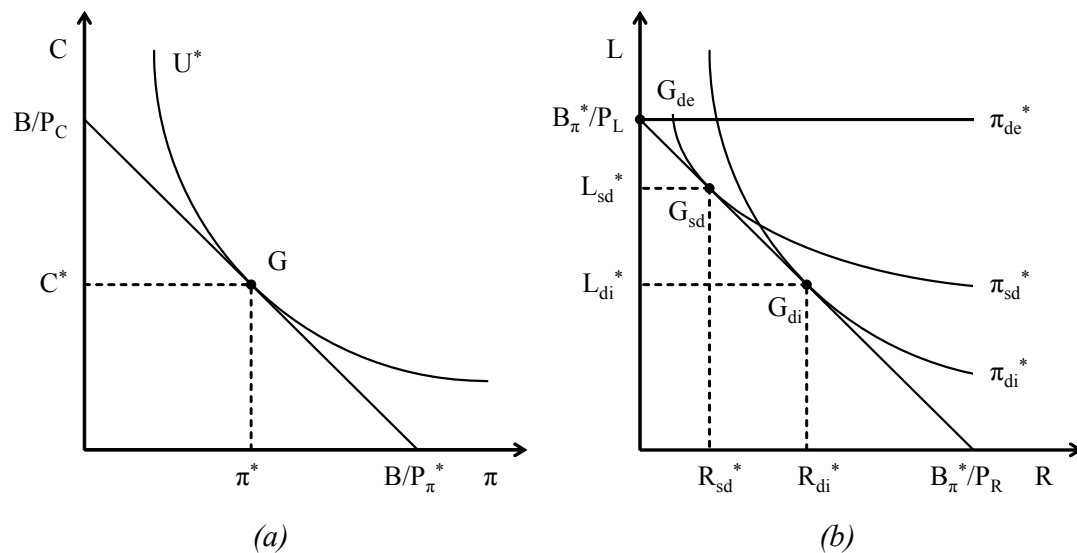


Abb. 5: Perfekte Diktaturen, Semi-Demokratien und perfekte Demokratien

Diese institutionellen Restriktionen lassen sich anhand des ökonomischen Modells graphisch verdeutlichen. Während Abb. 5a unverändert bleibt, verlaufen in Abb. 5b die Machtisokanten politischer Regimes umso flacher, je wirkungsvoller die konstitutionellen Beschränkungen die Repressionsmöglichkeiten der Politiker

²³ Wintrobe (1998) geht auf diese Frage nicht explizit ein.

begrenzen. Nun lassen sich drei Fälle unterscheiden: Im Fall einer perfekten Demokratie – markiert durch den Index (de) – weisen die Machtisiquanten einen strikt horizontalen Verlauf auf. Das Repressionsniveau beträgt null. Im Fall einer perfekten Diktatur – markiert durch den Index (di) – verlaufen die Machtisiquanten relativ steil. Ceteris paribus wird hier sehr stark auf Repression gesetzt. Im Fall einer Mischform zwischen diesen beiden Extremen – markiert durch den Index (sd) für ‚Semi-Demokratie‘ – weisen die Machtisiquanten eine negative, aber relativ flache Steigung auf. Hier wird, anders als in einer perfekten Demokratie, nicht völlig auf Repression verzichtet. Aber Repression wird ceteris paribus in geringerem Umfang eingesetzt als in einer perfekten Diktatur.

Diese Fallunterscheidung mündet in zwei wichtige Schlussfolgerungen: Erstens lässt sich Demokratisierung als Abbau des innenpolitischen Repressionsniveaus auffassen. Zugrunde liegt ein Verständnis von Demokratie, das nicht ausschließlich auf Wahlen fixiert ist, sondern breiter angelegt die Perspektive auf konstitutionelle Garantien individueller Rechte fokussiert. Zweitens können aus dem Modell einer perfekten Diktatur im Rahmen einer positiven Analyse Aussagen hergeleitet werden, die der Tendenz nach für all jene politischen Regimes gelten, in denen nicht völlig darauf verzichtet wird, Repression als Mittel innenpolitischer Machtausübung einzusetzen. Der Anwendungsbereich des Modells ist also wesentlich größer, als es auf den ersten Blick scheinen mag. Vor diesem Hintergrund wird im Folgenden versucht, anhand des Modells der Frage nachzugehen, mit welchen Wirkungen zu rechnen ist, wenn entwicklungspolitische Maßnahmen auf Länder treffen, die nicht als perfekte Demokratien einzustufen sind.

2. *Wie reagieren Diktatoren?*

((1)) Was geschieht, wenn ein nicht perfekt demokratisch regiertes Land – im Folgenden vereinfachend als ‚Diktatur‘ bezeichnet – einen positiven exogenen Schock erfährt, ausgelöst durch einen Ressourcenzufluss, etwa in der Form eines Schuldenerlasses oder in Form eines Mittelzuflusses für ein bestimmtes Entwicklungsprojekt? Wie reagiert ein Diktator als Empfänger eines positiven Ressourcentransfers? Und welche Auswirkungen hat seine Reaktion auf die beiden Ziele der Entwicklungszusammenarbeit, also im Hinblick auf die Bekämpfung von Armut und im Hinblick auf die Förderung von Demokratie, letztere verstanden als Abbau von Repression?

Abbildung 6 hilft, diese Fragen zu beantworten. Im Modell wird das ursprüngliche Simultangleichgewicht zwischen Nutzenstiftung und Machtproduktion gestört, so dass Anpassungsreaktionen ausgelöst werden, mit denen der Diktator ein neues Gleichgewicht anstrebt. Dies gilt es nun, Schritt für Schritt nachzuvollziehen.

Der exogene Ressourcenzufluss wird als Rechtsverschiebung der ursprünglichen Budgetgeraden B_0 auf das höhere Niveau B_1 dargestellt (vgl. Abb. 6a). Ein rationaler Diktator sähe sich veranlasst, hierauf mit einer Ausweitung seines privaten Konsums von C_0 auf C_1 zu reagieren und sein Machtniveau von π_0 auf π_1 zu erhöhen. Auf diese Weise würde er das mit dem neuen Budget B_1 maximal erreichbare Nutzenniveau $U_1 > U_0$ realisieren.

Diese Veränderung bei den nutzenstiftenden Aktivitäten schlägt durch auf die Produktion und Ausübung von Macht, weil der Diktator einen Teil der zusätzlichen

Ressourcen zur Erhöhung des Staatsbudgets von B_{π_0} auf B_{π_1} verwendet. Zur kosteneffizienten Generierung des höheren Machtniveaus π_1 bedarf es nun einer Ausweitung der Ausgaben für Loyalitätskauf und Repression von $P_L L_0 + P_R R_0$ auf $P_L L_1 + P_R R_1$. In der Folge stellt sich auch hier ein neues Gleichgewicht G_1 ein (vgl. Abb. 6b).

Als Zwischenfazit bleibt festzuhalten: Im Modell führt ein exogener Ressourcenzufluss zu einem Erstarren des diktatorischen Regimes. Der Diktator steigert seinen privaten Konsum. Zugleich weitet er seine Macht aus. Das aber bedeutet zweierlei: Zum einen werden im Rahmen des Loyalitätskaufs mehr Ausgaben für öffentliche Güter getätigt. Auch stehen mehr Ressourcen für die Vergabe von Privilegien zur Verfügung. Zum anderen wird im Rahmen der Repressionspolitik nicht weniger, sondern *mehr* Druck auf die Bevölkerung ausgeübt.

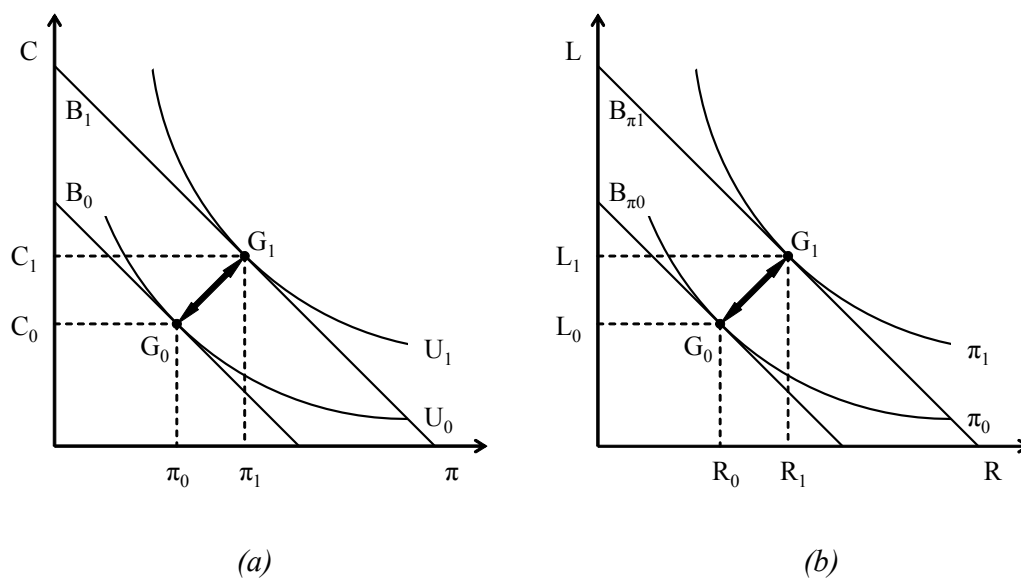


Abb. 6: Ausweitung oder Verknappung der Ressourcen

Genau umgekehrt verhält es sich im entgegengesetzten Fall einer Verknappung der Ressourcen. Sie kann auf vielfältige Weise zustande kommen. Man denke beispielsweise an ein Handelsembargo oder an andere Sanktionen bis hin zur militärischen Bedrohung²⁴. Hier käme es neben einem Rückgang des Repressionsniveaus auch zu einem Rückgang des privaten Konsums des Diktators, zu einem Rückgang des Machtniveaus (d.h. zur politischen Destabilisierung des Regimes) und zu einem Rückgang der Ausgaben für öffentliche Güter und Privilegien (Loyalitätskauf). Das Gleichgewicht würde sich von G_1 nach G_0 verschieben (vgl. wieder Abb. 6a und Abb. 6b).

²⁴ Die militärische Bedrohung könnte den Diktator zu hohen Investitionen in die Landesverteidigung veranlassen, wodurch weniger Mittel für konkurrierende Verwendungen zur Verfügung stünden. Es wäre allerdings auch denkbar, dass im Falle der militärischen Bedrohung einer Diktatur das Repressionsniveau dort unverändert bliebe oder sich gar erhöhte, denn der durch zusätzliche Rüstungsausgaben entstehende negative Budgeteffekt, der das Repressionsniveau sinken lässt, könnte dadurch kompensiert oder überkompensiert werden, dass sich die Armee nicht nur zur Landesverteidigung, sondern auch zur Unterdrückung der eigenen Bevölkerung einsetzen lässt.

Auf der Grundlage dieses Modells wäre also zunächst zu erwarten, dass jede Maßnahme, die sich als Ressourcenausweitung eines nicht-demokratisch verfassten Regimes interpretieren lässt, sowohl einen positiven Armutsbekämpfungseffekt (aufgrund steigender Investitionen in öffentliche Güter) als auch einen negativen Demokratisierungseffekt (aufgrund eines Anstiegs des Repressionsniveaus) zur Folge hat. Umgekehrt müsste eine Verknappung der einem nicht-demokratisch verfassten Regime zur Verfügung stehenden Ressourcen einen positiven Demokratisierungseffekt (aufgrund eines fallenden Repressionsniveaus) in Verbindung mit einem negativen Armutsbekämpfungseffekt (aufgrund sinkender Investitionen in öffentliche Güter) auslösen. In jedem Fall besteht ein Zielkonflikt zwischen Armutsbekämpfung und Demokratisierung.

((2)) Bislang wurde stillschweigend angenommen, dass der Ressourcenzufluss in ein nicht perfekt demokratisch regiertes Land direkt dem Diktator zugute kommt. In der Realität muss das nicht der Fall sein. In der Tat haben sowohl demokratische Regierungen als auch andere Akteure der Entwicklungspolitik durchaus die Möglichkeit, die Verwendung eigener Mittel in den Zielländern zu kontrollieren oder diese Mittel kurzerhand selbst auszugeben. Folgende Beispiele mögen dies verdeutlichen: an bestimmte Reformen gebundene Kredite oder Budgethilfen; die Durchführung oder die finanzielle Förderung konkreter Projekte auf dezentraler Ebene (z.B. der Bau oder die Finanzierung von Trinkwasserbrunnen); die technische Unterstützung (z.B. die Entsendung von Ingenieuren) oder die Beratung und das Capacity Building (z.B. die Weiterbildung von Experten in dem für Brunnenbau zuständigen Ministerium des Ziellandes). Deshalb lautet die hier besonderes interessierende Frage: Ließe sich auf einem dieser Wege der Zielkonflikt zwischen Armutsbekämpfung und Demokratisierung überwinden? Bietet die Umstellung von direkten zu indirekten Ressourcenzuflüssen, die Umstellung von Finanzzuweisungen an den Staat hin zu materiellen Hilfen oder hin zu Finanzzuweisungen an nicht-staatliche Akteure einen Ausweg aus dem Trade-Off?²⁵

Die skizzierten Maßnahmen weisen die Gemeinsamkeit auf, dass sie sich als kostenlose Bereitstellung öffentlicher Güter interpretieren lassen, indem sie beispielsweise die allgemeine Wasserversorgung durch dezentralen Brunnenbau fördern. Aus der theoretischen Perspektive der ökonomischen Regimeforschung lautet nun die zentrale Frage: Wie würde ein rationaler Diktator auf ein solches Projekt reagieren? Abbildung 7 hilft, diese Frage – gestützt auf das Modell – so zu beantworten, dass dabei wiederum kontra-intuitive Erkenntnisse generiert werden.

Ausgangspunkt der Überlegungen ist, dass ein rationaler Diktator im Rahmen seiner Strategie des Loyalitätskaufs in einem gewissen Umfang bereits selbst öffentliche Güter bereitstellt. Im Modell lässt sich deshalb die zusätzliche Bereitstellung öffentlicher Güter durch andere (ausländische) Akteure als exogen induzierter Anstieg des Loyalitätsniveaus von L_0 auf L_1 auffassen. Mithin stellt sich kurzfristig Punkt G_1 ein (siehe Abb. 7b).

²⁵ Wintrobe (1990 und 1998) geht auf diese Frage nicht ein.

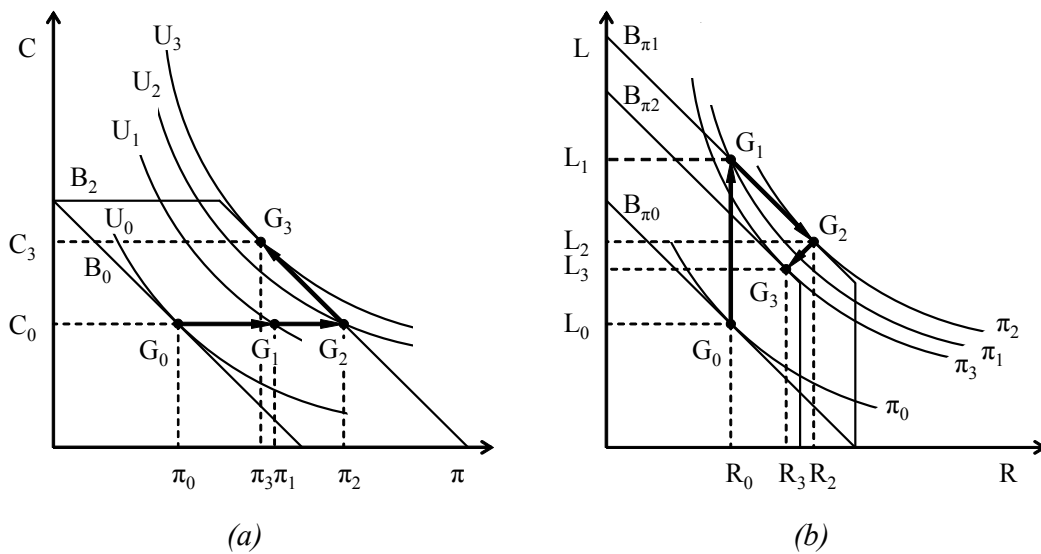


Abb. 7: Zusätzliche Bereitstellung öffentlicher Güter

Damit ist der Anpassungsprozess jedoch noch nicht abgeschlossen, und zwar aus folgendem Grund: Das zusätzliche Angebot an öffentlichen Gütern wirkt wie eine exogene Ausweitung des Staatsbudgets, dargestellt in Abb. 7b als Verschiebung der Budgetgeraden von B_{π_0} nach B_{π_1} . Die neue Budgetgerade weist also die gleiche Steigung auf. Mithin bleibt das Preisverhältnis der beiden Faktoren diktatorischer Machtproduktion unverändert. Aber in G_1 ist die ursprüngliche Kombination von Loyalitätskauf und Repression nicht mehr kosteneffizient. Anders als in G_0 , tangiert die Machtisoquante in G_1 die Staats-Budgetgerade nicht, sondern schneidet sie. Deshalb folgen nun zwei Anpassungsreaktionen, nämlich zunächst von G_1 nach G_2 und sodann von G_2 nach G_3 .

Die erste Anpassungsreaktion besteht darin, dass ein rationaler Diktator die Kombination von Loyalitätskauf und Repression wählt, die bei gegebenen Preisen kosteneffizient ist. Er steuert bei der Machtproduktion also G_2 an, jenen Punkt, an dem sich die neue Staats-Budgetgerade B_{π_1} und die zugehörige Machtisoquante π_2 tangieren. Die erste Reaktion besteht folglich darin, dass der Diktator sein eigenes Angebot öffentlicher Güter zurückführt und stattdessen die Repression ausweitet.

Aber auch damit ist noch kein endgültiges Gleichgewicht erreicht. Dies sieht man sofort, wenn man G_2 in Abbildung 7a abträgt. Ähnlich wie G_1 im Hinblick auf die Machtproduktion, stellt G_2 im Hinblick auf die Nutzenstiftung kein Gleichgewicht dar. Die Indifferenzkurve schneidet die Budgetgerade, mit der Folge, dass hinsichtlich der gewählten Kombination von Macht und Konsum das subjektive Substitutions-Wollen und das objektive Substitutions-Können auseinanderfallen. Der Diktator kann sich besserstellen, wenn er Macht durch Konsum substituiert. Dieser Substitutionsprozess kommt dort an sein Ende, wo das Nutzenmaximum und simultan eine kosteneffiziente Machtproduktion realisiert wird. Dies ist in G_3 der Fall (vgl. Abb. 7a und 7b).

Der Gesamteffekt lässt sich so charakterisieren: Auf ein exogen erhöhtes Angebot öffentlicher Güter reagiert der Diktator mit einem Zurückfahren eigener Anstrengungen zum Loyalitätskauf und mit einer Ausweitung repressiver Maßnahmen. Sein Nutzen steigt. Er konsumiert mehr. Seine Macht festigt sich. Für die Bevölkerung bedeutet dies, dass sie nicht in dem Maße von dem exogen verbesserten Angebot an öffentlichen

Gütern profitiert, wie dies eigentlich zu erwarten wäre. Erstens wird der exogene Effekt durch die endogene Reaktion des Diktators beim Loyalitätskauf teilweise konterkariert. Zweitens leidet die Bevölkerung unter höherer Repression.

Am Beispiel argumentiert: Der entwicklungspolitisch geförderte Brunnenbau wird dem Modell zufolge nicht die Effekte haben, die man erwarten würde, wenn man das Projekt – etwa bei Ex-ante- oder Ex-post-Evaluationen – isoliert betrachtet. Die Produktivität des Projekts wird unterminiert, weil eine nicht perfekt demokratische Regierung mit Anreizen konfrontiert wird, ihre eigenen Anstrengungen für eine bessere Wasserversorgung der Bevölkerung zurückzufahren. Diese – aus entwicklungspolitischer Sicht: perversen – Anreize resultieren daraus, dass die so eingesparten Ressourcen anderen Verwendungen zugeführt werden können, die für den Diktator – oder allgemeiner: für die politische Führung des Ziellandes – attraktiver sind als der Status quo. Konkret könnte man sich vorstellen, dass die im Brunnenbau eingesparten – und mithin einer strukturellen Armutsbekämpfung entzogenen – Mittel beispielsweise eingesetzt werden zur Anschaffung neuer Staatskarossen (als privater Konsum), für den Bau eines Golfclubs nahe der Hauptstadt (als Privileg) oder für den Kauf von Gummiknüppeln und Tränengas (Repression). Dieser Argumentation zufolge ist mit entwicklungspolitischen Initiativen wie beispielsweise Brunnenbauprojekten nicht der volle Armutsbekämpfungseffekt zu erzielen, der dem Projekt als Potential eigentlich innewohnt. Zugleich ist mit einem Anstieg des Repressionsniveaus im Empfängerland zu rechnen. Hier sieht man: Selbst im Falle einer vollständigen Kontrolle über die Verwendung der entwicklungspolitisch eingesetzten Mittel ist der Zielkonflikt zwischen Armutsbekämpfung und Demokratisierung nicht ohne Weiteres zu überwinden, denn weiterhin unkontrollierbar blieben hierbei die teilweise unerwünschten Reaktionen der politischen Führung des Entwicklungslandes.

Damit lässt sich folgendes Zwischenfazit ziehen: Mit den üblichen Instrumenten ist es grundsätzlich unmöglich, die Armutsbekämpfung in Ländern mit Demokratiedefiziten zu fördern, ohne gleichzeitig einer stärkeren Repression Vorschub zu leisten und damit der demokratischen Entwicklung Abbruch zu tun. Anders ausgedrückt: Jede Maßnahme, die einem diktatorischen Regime schadet, schadet gleichzeitig auch der Zivilbevölkerung, und jede Maßnahme, die der Zivilbevölkerung nützt, nützt gleichzeitig auch dem diktatorischen Regime. Die Existenz eines grundlegenden Zielkonflikts zwischen Armutsbekämpfung und Demokratisierung bietet eine plausible Erklärung dafür, weshalb weltweit seit über einem Jahrzehnt in den entwicklungspolitischen Zieldimensionen Armutsbekämpfung und Demokratisierung keine oder nur allgemein als unbefriedigend wahrgenommene Fortschritte zu verzeichnen sind.²⁶

Der hier aufgezeigte Trade-Off zwischen den beiden Zielen ist also sehr ernst zu nehmen. Damit aber stellt sich die drängende Frage, ob es andere Optionen geben könnte, die geeignet sind, diesen Trade-Off im Sinne einer orthogonalen Positionierung zu überwinden.

²⁶ Hier seien zwei neuere empirische Arbeiten genannt, die diese These stützen: Robinson (2006) findet keine positiven Demokratisierungseffekte, die mit wirtschaftlichem Fortschritt in Entwicklungsländern korreliert wären. Abouharb und Cingranelli (2006) untersuchen für den Zeitraum von 1981 bis 2000 die Auswirkungen struktureller Anpassungsprogramme der Weltbank auf die Menschenrechtssituation in den Zielländern. Die Autoren kommen zu dem Schluss, dass die Programme sich, trotz langfristig positiver Wachstumseffekte, negativ auf die Menschenrechtssituation ausgewirkt haben.

III. Eine wohlfahrtsökonomische Therapie: Marktergebnisse simulieren

Wintrobe hat mit seinem Ansatz nicht nur Pionierarbeit im Hinblick auf die positive Analyse geleistet, sondern auch im Hinblick auf mögliche normative Schlussfolgerungen, denn er unterbreitet eine innovative Politikempfehlung. Diese wird im Folgenden diskutiert. Die Argumentation ist in zwei Schritte unterteilt. Zunächst wird gezeigt, dass Wintrobes Politikempfehlung darauf ausgerichtet ist, Armutsbekämpfung *durch* Demokratisierung zu erreichen. Dies lässt sich als Versuch einer orthogonalen Positionierung interpretieren: Wintrobe setzt auf eine Aufhebung des Trade-Off.²⁷ Im zweiten Schritt wird die These vertreten, dass Wintrobes Politikempfehlung logische Inkonsistenzen aufweist: Wintrobe übersieht zwei relevante Ordnungsprobleme, ohne deren Lösung eine Aufhebung des Trade-Off nicht möglich ist. Sein Versuch einer orthogonalen Positionierung misslingt.

1. Wintrobes Versuch einer orthogonalen Positionierung

Wintrobe entwickelt aus seiner Problemdiagnose einen Therapieversuch für die Entwicklungszusammenarbeit zwischen Demokratien und Diktaturen. Dieser Vorschlag ist innovativ, weil er auf eine relevante Alternative aufmerksam macht, die zuvor kaum systematisch in den Blick genommen worden ist: Der Mainstream des entwicklungspolitischen Diskurses setzt bei der Demokratieförderung auf ‚natürliche Verbündete‘ und spricht damit primär solche Akteure an, die ein unmittelbares Eigeninteresse an diesem entwicklungspolitischen Ziel haben: politische Oppositionelle, kritische Journalisten, ‚Graswurzel-Aktivistinnen‘ und zivilgesellschaftliche Organisationen. Das Problem: Diese Akteure *wollen* Demokratie fördern, verfügen hierzu jedoch – vor allem innerhalb diktatorischer Regimes – nur über sehr begrenzte Möglichkeiten. Sie *können* oft nicht so, wie sie *wollen*. Vor diesem Hintergrund setzt Wintrobe auf die kontra-intuitive Strategie, die Diktatoren selbst anzusprechen, also ausgerechnet jene Akteure, die durchaus in der Lage wären, wichtige Weichenstellungen in Richtung Demokratie vorzunehmen, dies aber vermeintlich gar nicht wollen (können). In der Tat: Diktatoren haben offenkundig kein unmittelbares Eigeninteresse an Demokratisierung. Doch Wintrobe hält es nicht für ausgeschlossen, bei ihnen ein *mittelbares* Interesse hervorzurufen. Metaphorisch ausgedrückt, empfiehlt er der entwicklungspolitischen Demokratieförderung, die Diktatoren als ‚künstliche Verbündete‘ zu gewinnen.

In der entwicklungspolitischen Praxis ist es bereits seit längerem üblich, eine Konditionierung von Entwicklungshilfeleistungen zu betreiben. Zahlungen werden an bestimmte Gegenleistungen der Empfängerländer gebunden. Solche Gegenleistungen können auf unterschiedlichen Ebenen angesiedelt sein. Sie können auf der operativen Ebene die Durchführung bestimmter Projekte betreffen. Es ist aber auch möglich, dass die Regierung des Empfängerlandes verpflichtet wird, auf der Policy-Ebene bestimmte

²⁷ Bei Wintrobe (1998) folgen Diagnose und Therapie aus einer etwas anderen Fragestellung. Er spricht nicht explizit von einem Trade-Off. Vielmehr weist er als Problem aus, dass unterschiedliche Typen von Diktatoren – ausgestattet mit unterschiedlichen Nutzenfunktionen – teilweise unterschiedlich auf die gleichen Maßnahmen reagieren, die dann mal erwünschte, mal unerwünschte Effekte auslösen. Wintrobes Ziel ist es, ein Instrument zu entwickeln, auf das alle Regime-Typen in gleicher, erwünschter Weise reagieren. Dennoch ergibt sich der hier skizzierte Trade-Off letztlich auch aus seinem Modell.

politische Inhalte zu verfolgen. Ebenfalls möglich ist es, dass Regierungen auf der Polity-Ebene verpflichtet werden, bestimmte wirtschaftspolitische oder sogar ordnungspolitische Reformprogramme zu exekutieren. Schließlich können Konditionierungen auch direkt an die Durchführung von Wahlen geknüpft werden. In Absetzung von dieser bereits verbreiteten Praxis wählt Wintrobe eine andere Ebene der Konditionierung: Er setzt auf eine Absenkung des Repressionsniveaus. Ausgehend vom Status quo, soll der Diktator schrittweise proportional dazu gratifiziert werden, dass er seine Machtausübung zunehmend gewaltfrei organisiert.

Die zugrunde liegende Idee ist einfach: Verpflichtet sich ein Diktator, die Unterstützung seiner Untertanen nicht mehr gewaltsam zu erzwingen, so wird er sie sich wohl oder übel erkaufen müssen, indem er die Interessen der Bevölkerung bei politischen Entscheidungen stärker berücksichtigt bzw. ihre Rechte institutionell stärker verankert. Das kostet Geld. Der Machterhalt verteuert sich. Natürlich haben Diktatoren hieran kein *unmittelbares* Eigeninteresse. Aber man kann, so Wintrobe, bei Diktatoren ein *mittelbares* Interesse erzeugen, indem man ihnen die für eine Substitution von Repression durch Loyalitätskauf benötigten Ressourcen in Form einer Budgethilfe konditioniert bereitstellt.

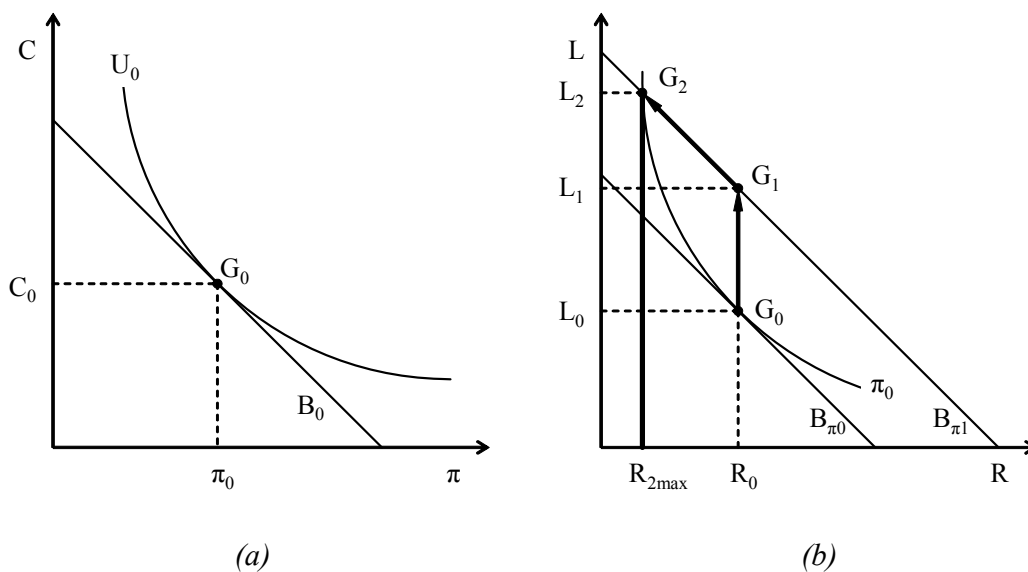


Abb. 8: Auf eine Absenkung des Repressionsniveaus konditionierte Budgethilfe

Wintrobes Vorschlag ist sinngemäß in Abb. 8 dargestellt.²⁸ Ausgehend vom Gleichgewicht G_0 wäre es dem Diktator nach Erhalt einer konditionierten Budgethilfe und nach der resultierenden Ausweitung des Staatsbudgets von B_{π_0} auf B_{π_1} (vgl. Abb. 8b) möglich, die zusätzlichen Mittel zu nutzen, um das Loyalitätsniveau L_1 zu erreichen. Anschließend könnte er das Loyalitätsniveau auf L_2 anheben und simultan das Repressionsniveau von R_0 auf R_{2max} absenken, wodurch der Punkt G_2 erreicht würde. Der Diktator bliebe gleich glücklich, gleich reich und vor allem gleich mächtig, nur speiste sich seine Macht aus weniger trüben Quellen.

²⁸ Vgl. Wintrobe (1998; S. 69, Abb. 3.6).

In Wintrobes Szenario bleibt das Nutzenniveau (Abb. 8a) unverändert. Änderungen betreffen lediglich den Prozess der Machtproduktion (Abb. 8b). Die Restriktion R_{2max} ist so gewählt, dass – gegeben eine Budgethilfe in bestimmter Höhe – jener Punkt auf der Machtisoquante des Diktators angesteuert wird, der möglichst weit links liegt. Mit anderen Worten: Gegeben eine bestimmte Zahlungsbereitschaft für Demokratieförderung, wird dem Diktator so viel Repressionsabbau wie möglich abgekauft. Per Konditionierung wird ihm ein Gewaltverzicht vorgeschrieben, der sein Machtniveau und sein Nutzenniveau konstant lässt. Hier kommt es nicht zu unerwünschten Ausweichreaktionen des Diktators, sondern zu der durchaus erwünschten Reaktion, dass er das Repressionsniveau absenkt und – zugunsten der Bevölkerung – den Loyalitätskauf ausweitet.

Für den Diktator ist eine solche Konditionierung zustimmungsfähig. Im Modell ist er indifferent. Damit wird dem Kriterium der Anreizkompatibilität Genüge getan. Allerdings weist Wintrobe als Problem aus, dass die Konditionierung nur im Zeitablauf organisiert werden könne und dass dabei eine ganz bestimmte Reihenfolge einzuhalten sei. Sein Argument: Der angesteuerte Substitutionsprozess erfordert Zeit. Loyalität kann nur langsam aufgebaut werden. Deshalb muss der Loyalitätskauf dem Repressionsabbau zeitlich vorlaufen. Wintrobe schließt daraus, dass die konditionierte Budgethilfe ausgezahlt werden muss, bevor der Diktator unter Beweis stellen kann, dass er die vereinbarte Kondition tatsächlich einhalten will, denn er benötigt den Mittelzufluss, um den Loyalitätskauf vorzufinanzieren. Ohne diese Vorleistung der an Demokratisierung interessierten Finanzgeber wären die Reformbestrebungen, so Wintrobe, für den Diktator nicht anreizkompatibel.²⁹

Wintrobe nimmt für seinen Vorschlag in Anspruch, dass der Zielkonflikt zwischen Armutsbekämpfung und Demokratisierung, der bei den traditionellen Maßnahmen konditionierter Kooperation unausweichlich auftritt, überwunden wird. Er macht geltend, dass die Akteure der internationalen Entwicklungszusammenarbeit mit Hilfe seines Therapievorschlags aus dem Trade-Off entwicklungspolitischer Ziele ausbrechen vermögen. Demnach können Demokratien und Diktaturen *gemeinsam* daran arbeiten, positive Armutsbekämpfungseffekte und *zugleich* positive Demokratisierungseffekte zu erreichen.

Wie ist es um diesen Anspruch bestellt? Der folgende Abschnitt untersucht, ob Wintrobe die angestrebte orthogonale Positionierung zum Trade-Off tatsächlich gelingt.

2. *Non Sequitur: Zur Kritik an Wintrobes Vorschlag*

((1)) Wintrobes Ansatz kann als wohlfahrtsökonomisch inspiriert gelesen werden, denn ganz in Pigouscher Tradition weist er dem (demokratischen) Staat die Funktion zu, durch einen gezielten, wohldosierten Eingriff das Verhalten rationaler Akteure dergestalt zu beeinflussen, dass ein bestimmtes Ergebnis hergestellt wird: die – aus Sicht aller Beteiligten: kosteneffiziente – Reduzierung des Repressionsniveaus in Diktaturen. Dabei ist Wintrobe durchaus bewusst, dass die Implementierbarkeit eines solchen Instruments an bestimmte Voraussetzungen gebunden ist. Diese Voraussetzungen nimmt er als gegeben an. Aus seiner Sicht gilt (per Annahme): (a)

²⁹ Vgl. Wintrobe (1998; S. 69). Diese Schlussfolgerung wird sich als unbegründet erweisen. Vgl. Anm. 32.

Potentielle Geldgeber haben ein unmittelbar handlungsleitendes Interesse an einer Absenkung des Repressionsniveaus in Diktaturen.³⁰ (b) Entsprechende Vereinbarungen können glaubhaft gemacht und folglich auch durchgesetzt werden.³¹

Diese beiden Annahmen sind *ad hoc*. Sie ergeben sich nicht zwingend aus der zuvor durchgeführten Problemdiagnose. Vielmehr dienen sie Wintrobe zur Plausibilisierung seines Lösungsvorschlags. Aus diesem Grund unterläuft ihm ein Non-Sequitur-Fehlschluss: Weil er seine Lösung nicht aus der Gesamtheit seiner Annahmen herleitet, sondern einige Annahmen der Lösung nachschiebt, übersieht er, dass aus seinen expliziten und impliziten Annahmen insgesamt eine andere Lösung folgen würde. Sie lässt sich als eine idealtypische Marktlösung kennzeichnen. Das Preis-Mengen-Diagramm in Abb. 9a hilft, sich diesen Sachverhalt vor Augen zu führen.

Im Zentrum der Überlegungen von Wintrobe steht die unmittelbar einleuchtende Annahme, dass einem jeden Diktator durch eine Absenkung des Repressionsniveaus ΔR im Vergleich zum Status quo *ceteris paribus* steigende Kosten entstehen. Je mehr auf Gewalt verzichtet wird, desto mehr Geld muss für gewaltfreie Mittel des Machterhalts ausgegeben werden. Hieraus folgt im Rahmen des Wintrobe-Modells zwingend, dass jeder rationale Diktator Repressionsabbau zu Grenzkostenpreisen anbieten würde. Aggregiert man dies weltweit über alle Diktatoren, so erhält man eine positiv geneigte Angebotskurve für Repressionsabbau A_{Di} .

Nun zu Wintrobes *Ad-Hoc*-Annahmen: Wenn (a) Demokratien als potentielle Geldgeber ein unmittelbar handlungsleitendes Interesse an Repressionsabbau hätten, dann existierte – bei abnehmenden Zahlungsbereitschaften – auch eine negativ geneigte, aggregierte Nachfragekurve N_{De} . Wenn zudem (b) entsprechende Verträge ohne Weiteres durchsetzbar wären, dann existierte ein globaler Markt für Repressionsabbau, auf dem demokratische Regierungen als Nachfrager, Diktatoren hingegen als Anbieter agieren würden. Es käme zu spontanen Tauschprozessen, durch die sich der Preis P^* einpendelte, zu dem den diversen Diktatoren ein Repressionsabbau im Umfang von ΔR^* abgekauft würde.

Abb. 9b hilft, die Implikationen dieser Modellwelt zu veranschaulichen. Einzelne Diktatoren würden mit einzelnen demokratischen Regierungen Verträge abschließen, welche die Zahlung von Entwicklungshilfe an einen Repressionsabbau knüpfen. Auf dem so entstehenden Markt stünden Diktatoren untereinander in einem Wettbewerb um diese Budgethilfen (und mithin um Demokratisierung), während sich demokratische Regierungen hinsichtlich ihrer Zahlungsangebote in einem Überbietungswettbewerb befänden. *Auf* jeder der beiden Marktseiten herrschte also eine Art ‚Entwicklungs-Konkurrenz‘. *Zwischen* den Marktseiten hingegen wäre eine wechselseitig vorteilhafte ‚Entwicklungs-Zusammenarbeit‘ im Sinne eines freiwilligen Tausches möglich. Mittels solcher Tauschakte würden die Akteure alle in Abb. 9a schraffiert dargestellten Potentiale wechselseitiger Besserstellung ausschöpfen, bis sich die gleichgewichtige, pareto-optimale Preis-Mengen-Kombination (P^* , ΔR^*) einstellte.³² Kurz: Aus

³⁰ Wintrobe (1998; S. 334): „Suppose, idealistically, that the only goal of western policy is to reduce repression.“

³¹ Wintrobe (1998; S. 68): „Assuming that this constraint can be made effective – that is, assuming that violations can be properly monitored and that the constraint is binding – we find that the ... [dictator] will be constrained to impose a level of repression lower than R_0 “.

³² Denkt man das Modell von Wintrobe und die zugrunde liegenden Annahmen konsequent zu Ende, so wird die zeitliche Reihenfolge von Leistung und Gegenleistung, die Wintrobe als ein zentrales Merkmal seiner Idee ansieht, geradezu bedeutungslos: Die ‚Kosten‘, die den Diktatoren durch den

Wintrobes Annahmen folgt, dass alle Probleme bereits im Status quo gelöst sein müssten.

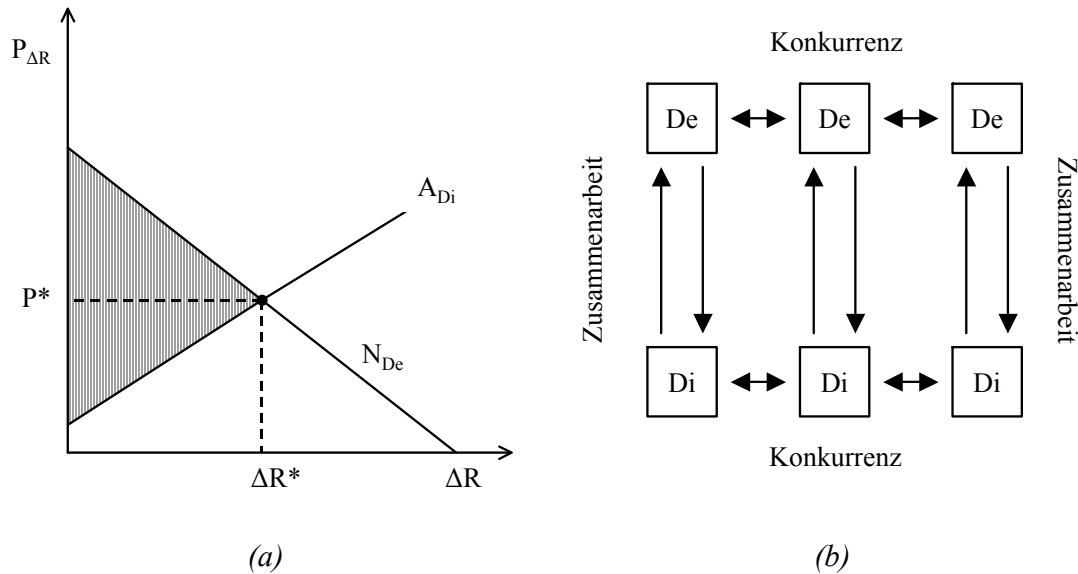


Abb. 9: Entwicklungszusammenarbeit als idealtypischer Markt

((2)) In der Realität ist ein solcher Markt für Demokratisierung freilich nicht vorzufinden. Es fragt sich also, *weshalb* er nicht existiert. Auf diese Frage gibt es zwei mögliche Antworten. Die erste interpretiert den empirischen Befund im Sinne von ‚revealed preferences‘: Demnach gibt es kein Potential wechselseitiger Besserstellung und *deshalb* auch keinen Markt. Folgt man diesem Erklärungsansatz, dann muss man entweder unterstellen, dass Diktatoren nicht auf Anreize reagieren, sich also systematisch irrational verhalten, oder dass Demokratien entgegen aller Lippenbekenntnisse nicht wirklich an Demokratieförderung interessiert sind. In beiden Fällen wäre der gesamte Ansatz zu verwerfen. Die zweite mögliche Antwort lautet: Zwar existiert ein *Potential* wechselseitiger Besserstellung. Seiner *Ausschöpfung* stehen jedoch strukturelle Hindernisse im Wege. Diese werden von Wintrobe durch die Einführung von *Ad-Hoc*-Annahmen versehentlich wegdefiniert, anstatt sie in den Blick zu nehmen. Die zweite Antwort legt nahe, diese *Ad-Hoc*-Annahmen zu hinterfragen. Und dazu besteht in der Tat Anlass.

langsamen Aufbau von Loyalität zunächst entstehen, nehmen im Modell den Charakter einer Investition an. Die als rationale Akteure modellierten Diktatoren wollten, könnten und würden diese Investition – wie jede andere Investition auch – durchaus selbst vorfinanzieren, sofern nur der erwartete Ertrag hoch genug ist. Darüber hinaus werden mit dem Gedanken eines idealen Marktes zwei Fragen beantwortet, die bei Wintrobe selbst unbeantwortet bleiben, die Fragen nämlich, welche Zielländer Budgethilfen in welchem Umfang erhalten sollten und welche Restriktionen im Einzelfall per Konditionierung festzulegen wären. Vor allem letzteres ist wichtig: Bei Wintrobe steht ein Prinzipal-Agent-Ansatz im Hintergrund, demzufolge die geldgebenden Demokratien den Diktatoren vorschreiben (können), welchen Punkt sie im Trade-Off der Machtproduktion zu wählen haben. Dies ist im Paradigma der Fremdsteuerung gedacht. In einem idealen Markt hingegen käme das Paradigma der Selbststeuerung zur Geltung: Die Diktatoren würden selbst wählen, welche Maßnahmen aus ihrer subjektiven Sicht kosteneffizient sind.

Zum einen kann man (a) bezweifeln, ob demokratische Regierungen ein unmittelbar *handlungsleitendes* Interesse daran haben, Armutsbekämpfung durch Demokratisierung zu fördern. Ist ein Repressionsabbau in diktatorischen Regimes für sie ein privates Gut, oder handelt es sich aus ihrer Sicht vielmehr um ein öffentliches Gut? Für letzteres spricht, dass von dem Repressionsabbau und der so bewirkten Armutsbekämpfung auch jene Länder profitierten, die dafür keine konditionierte Zahlung geleistet haben. Hier kann niemand von der Nutzung³³ positiver Entwicklungseffekte ausgeschlossen werden. Folglich besteht ein Trittbrettfahrerproblem, ein soziales Dilemma: Selbst dann, wenn alle Demokratien ein prinzipielles Interesse an einem diktatorischen Repressionsabbau haben, wird dieses Interesse nicht ohne Weiteres unmittelbar handlungsleitend, weil es an Anreizen mangelt, sich an der Bereitstellung eines globalen öffentlichen Gutes zu beteiligen.³⁴

Zum anderen kann man (b) bezweifeln, ob die erforderlichen Verträge zwischen Demokratien und Diktaturen im Status quo überhaupt durchsetzbar wären. Könnte eine demokratische Regierung einen Diktator ohne Weiteres zwingen, die Absenkung des Repressionsniveaus im zuvor vereinbarten Umfang tatsächlich durchzuführen? Und könnte umgekehrt ein Diktator eine demokratische Regierung ohne Weiteres zwingen, eine in Aussicht gestellte Budgethilfe auch tatsächlich zu gewähren? Hierzu wäre es unter anderem erforderlich, Diktatoren *garantierte Eigentumsrechte* an der Rückführung des in ihrem Land vorherrschenden Repressionsniveaus einzuräumen.³⁵ Aber man kann wohl kaum behaupten, dass solche Rechte im internationalen Kontext schon heute auf breite Anerkennung stoßen, und folglich existieren sie gegenwärtig (noch) nicht. Im Status quo gilt: Diktatoren können nicht damit rechnen, für eine Absenkung des Repressionsniveaus entlohnt zu werden. Derartige Verträge wären gegenwärtig nicht durchsetzbar.³⁶

³³ Hier wäre beispielsweise an mit zunehmender Demokratisierung unwahrscheinlicher werdende militärische Konflikte oder an Vorteile durch internationalen Handel zu denken. Vgl. Sobek et al. (2006), Brainard (2007) sowie Cox und Drury (2006).

³⁴ Mit dieser Überlegung ließe sich erklären, weshalb die Regierungen der OECD-Länder regelmäßig öffentlich versichern, 0,7% ihres Bruttoinlandsprodukts für die Entwicklungszusammenarbeit bereitstellen zu wollen, seit Jahren aber im Durchschnitt nur etwa 0,3% ihres Bruttoinlandsprodukts bereitstellen. Vgl. OECD (2008; S. 138). Grundlegend zum Problem kollektiven Handelns ist die Arbeit von Olson (1965). Vgl. zur Problematik internationaler öffentlicher Güter Hielscher und Pies (2006).

³⁵ Heutzutage ist es (immer noch) üblich, dass einem Diktator die Eigentumsrechte an den Bodenschätzen ‚seines‘ Landes zuerkannt werden. Er kann dann diese Ressourcen auf dem internationalen Markt meistbietend versteigern. Wenn es möglich sein soll, dass er sich – analog zu diesen natürlichen Ressourcen – auch die Repression auf dem internationalen Markt abkaufen lässt, dann muss diese wie eine künstliche Ressource behandelt werden. Im Klartext: Die internationale Staatengemeinschaft muss dem Diktator ein Recht auf Repression zuerkennen, damit sie es ihm abkaufen kann. Der Sachverhalt ist also etwas kompliziert. Um ihn zu durchschauen, führt man sich am besten in aller Klarheit vor Augen, dass im gegenwärtigen Status quo Diktatoren dieses Recht für sich tagtäglich in Anspruch nehmen und auch tatsächlich ausüben. Hier gilt: Man muss die Realität zur Kenntnis nehmen, wenn man sie verändern (und dadurch verbessern) will.

³⁶ Dass Entwicklungsverträge im Status quo nicht allgemein durchsetzbar sind, verdeutlicht ein Beispiel, mit dem Paul Collier sein jüngstes Buch zur Entwicklungszusammenarbeit illustriert (2007; S. 109 f.): „Unless incentives are properly aligned, governments will promise, take the money, and then do what they like. To give you a real-life example, the government of Kenya promised the same reform to the World Bank in return for aid five times over a fifteen-year period. Yes, five times it took the money and either did nothing or made token reform that it then reversed. ... Eventually, the World Bank and other donor agencies realized this limitation and largely switched to disbursing aid

Dass es den skizzierten Markt gegenwärtig nicht gibt, heißt also keineswegs, dass eine wechselseitig vorteilhafte Entwicklungs-Zusammenarbeit zwischen Demokratien und Diktaturen grundsätzlich unmöglich ist. Sie ist lediglich im Status quo unmöglich, weil zwei strukturelle Probleme der Organisation von Tauschprozessen im Wege stehen. Erstens besteht ein Trittbrettfahrerproblem zwischen Demokratien. Zweitens besteht ein Vertragsdurchsetzungsproblem zwischen Demokratien und Diktaturen. Dieser Problemkomplex ist in Abbildung 10a schematisch dargestellt.

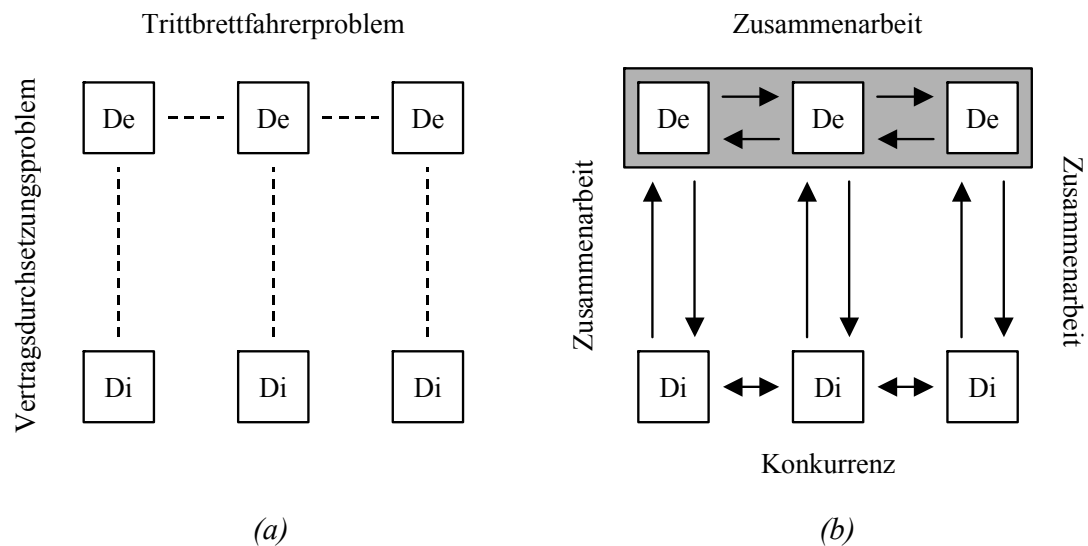


Abb. 10: Status quo versus Entwicklungs-Zusammenarbeit durch Konkurrenz

Das Trittbrettfahrerproblem lässt sich als horizontales Dilemma, das Vertragsdurchsetzungsproblem als vertikales Dilemma auffassen.³⁷ Das horizontale Dilemma unterminiert die tatsächlich artikuliertete Zahlungsbereitschaft der an Demokratieförderung interessierten Akteure. Das vertikale Dilemma behindert den entwicklungspolitischen Tauschakt, mittels dessen einem Diktator die Bereitschaft abgekauft werden könnte, seine Herrschaft weniger repressiv auszuüben. Es ist die Verschränkung dieser beiden sozialen Dilemmata, die dazu führt, dass das Potential wechselseitiger Besserstellung bislang kaum ausgeschöpft wird und die Entwicklungszusammenarbeit stattdessen im Trade-Off zwischen Armutsbekämpfung und Demokratieförderung verharret.

Auch wenn – auf beiden Seiten – derzeit noch kaum ein handlungsleitendes Interesse an der Abwicklung solcher Tauschakte besteht, so haben beide Seiten dennoch ein (derzeit latentes) *Regelinteresse* an wechselseitiger Besserstellung. Dieses *gemeinsame* Regelinteresse besteht darin, durch eine gezielte Gestaltung des Ordnungsrahmens internationaler Entwicklungszusammenarbeit – also durch ‚Global Governance‘ – die vorhandenen Potentiale wechselseitiger Besserstellung ausschöpfbar zu machen. Dies erfordert ein geeignetes institutionelles Arrangement. Wie ein solches Arrangement in den Grundzügen beschaffen sein könnte, wird im folgenden Abschnitt

on the basis of the attained level of policies rather than on promises of improvement. ... The only problem was that it squeezed aid out of the very countries that have the biggest problems.”

³⁷ Zur systematischen Rekonstruktion sozialer Probleme als Dilemmastrukturen vgl. Petrick und Pies (2007).

skizziert. Die Grundidee lautet, dass es darum geht, Märkte nicht zu simulieren, sondern sie zu stimulieren: indem man die institutionellen Weichen dafür stellt, dass die Partner der Entwicklungszusammenarbeit in die Lage versetzt werden – genauer: sich selbst in die Lage versetzen können –, den Trade-Off aufzuheben und im Wege einer orthogonalen Positionierung Armutsbekämpfung und Demokratisierung gleichzeitig voranzubringen. Es geht darum, Armutsbekämpfung *durch* Demokratisierung möglich zu machen.³⁸

IV. Eine ordnungspolitische Alternative: Marktprozesse stimulieren

Wie müsste ein institutionelles Arrangements beschaffen sein, das in der Lage wäre, der identifizierten Verschränkung eines Trittbrettfahrerproblems und eines Vertragsdurchsetzungsproblems wirksam entgegenzutreten? Wie ließe sich dieser entwicklungs-politischen Herausforderung in der Praxis begegnen? Nachfolgend werden skizzenhaft einige Überlegungen hierzu vorgestellt.

Die Argumentation ist in zwei Schritte unterteilt. Im ersten Schritt wird ein idealtypisches Arrangement vorgestellt. Hier geht es um die generelle Stoßrichtung einer orthogonalen Positionierung. Es soll gezeigt werden, wie eine Rahmenordnung beschaffen sein müsste – und beschaffen sein könnte –, die eine Entwicklungszusammenarbeit im Sinne wechselseitiger Besserstellung zwischen Demokratien einerseits und zwischen Demokratien und Diktaturen andererseits tatsächlich ermöglichen könnte. In einem zweiten Schritt wird dieses Arrangement anhand einer Beispielrechnung illustriert. Auf dieser Basis werden dann auch einige mögliche Folgeprobleme diskutiert, die bei der Implementierung eines solchen Arrangements zu bedenken (und auszuräumen) sind.

1. Ein idealtypisches Arrangement

Man stelle sich vor, es existiere folgendes institutionelles Arrangement: (a) Eine regierungsunabhängige Stiftung öffentlichen Rechts – mit Sitz in einem demokratischen Rechtsstaat – bietet im Jahr 0 den Regierungen der im Development Assistance

³⁸ Das hier gegen Wintrobe (1998) vorgebrachte Argument ist strukturanalog zu dem Argument, das Coase (1960) gegen Pigou (1912) vorgebracht hat. Es besagt, dass in dem von Pigou unterstellten Modellrahmen – d.h. bei Abwesenheit von Transaktionskosten – *nicht* folgt, was Pigou beansprucht: nämlich dass zur Internalisierung externer Effekte eine Simulation der richtigen Preise durch Steuern erforderlich sei. Gegen den wohlfahrtsökonomischen Ansatz erhebt Coase einen Non-Sequitur-Einwand und skizziert dann die institutionenökonomische Sichtweise, dass es nicht auf eine Simulierung, sondern auf eine Stimulierung von Tauschprozessen ankommt, durch die externe Effekte internalisiert werden. Vgl. Coase (1960) sowie die Interpretation von Pies (2000b). – An dieser Stelle ist ein weiterer Hinweis angebracht: In argumentativer Hinsicht besteht eine zweite Strukturanalogie zur Idee einer ‚Ordnungspolitik zweiter Ordnung‘. Vgl. Pies und Sass (2006). Dort ist die Option identifiziert und empfohlen worden, zum Zweck der Korruptionsprävention den potentiellen Tätern stärkere Anreize zu geben, die Opfer zu verschonen, was freilich Anreize zur Anreizsetzung in und durch Unternehmen erfordert. Dort wie hier geht es um einen Paradigmawechsel von Fremdsteuerung zu Selbststeuerung, wobei letztere jedoch – durch eine ‚Ordnungspolitik zweiter Ordnung‘ – gezielt aktiviert werden muss, weil sie sich angesichts von Dilemmastrukturen nicht spontan von allein entwickeln kann.

Comitee (DAC) der OECD vertretenen Staaten³⁹ an, dass diese auf einem Konto der Stiftung Geldbeträge hinterlegen können, um auf innovative Weise die Entwicklungszusammenarbeit zu fördern. Die Satzung der Stiftung sieht hierzu Folgendes vor: (b) Stand und Umsätze dieses Einzahlungskontos werden im Internet veröffentlicht und laufend aktualisiert. (c) Die hinterlegten Beträge werden verzinst. (d) Am ersten Januar eines jeden Folgejahres ermittelt die Stiftung, welches Mitglied des DAC den geringsten Betrag in Prozent seines Bruttoinlandsprodukts hinterlegt hat. (e) Die Stiftung leitet von jedem individuellen Beitrag denjenigen Anteil, der diesem geringsten Beitrag entspricht, in einen Fonds weiter. (g) Die restlichen Mittel werden einschließlich Zinsen an die Regierungen, die sie hinterlegt haben, zurückgezahlt.

(h) Das generierte Fondsvolumen wird veröffentlicht und ein weiteres Jahr lang verzinst. (j) Im Frühjahr des jeweiligen Folgejahres, unmittelbar nach der jährlich durchzuführenden Evaluation des Repressionsabbaus in Diktaturen, schüttet die Stiftung das Fondsvolumen inklusive Zinsen nach folgender Formel aus:

$$a_i = \frac{f_i p_i V}{\sum_{i=1}^n f_i p_i}$$

mit: $i = (1, 2, \dots, n)$.

n = Anzahl der Länder, in denen im Jahr 0 Repression eingesetzt wurde.

a_i = Betrag, welcher an die Regierung des Landes i auszuschütten ist.

f_i = Absenkung des Repressionsniveaus in Land i .

p_i = Bevölkerungszahl des Landes i zum Zeitpunkt der Auszahlung.

V = ausgeschriebenes Fondsvolumen.

(k) Als eine Einheit Repressionsabbau f_i gilt die Heraufstufung eines Landes um einen Punkt in einer der beiden siebenstufigen Kategorien des Freedom House Index of Political Rights and Civil Liberties (FHI) im Verlauf des Vorjahres. (l) Jede Heraufstufung eines Landes im FHI wird nur ein einziges Mal berücksichtigt, ausgehend vom Status quo im Jahr 0. (m) Die Auszahlungen erfolgen jeweils auf gesonderte Konten der Empfängerländer bei der Stiftung, auf denen sie verzinst werden. (o) Die Regierungen der Empfängerländer können von diesen Konten pro Jahr jeweils maximal ein Zehntel abrufen. (p) Im Falle einer Rückstufung eines Empfängerlandes im FHI wird dessen Auszahlungskonto gesperrt, bis der Status quo vor der Rückstufung wieder erreicht ist. (q) Alle Regeln werden veröffentlicht. (r) Regeländerungen treten erst zwei Jahre nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Welche Anreizwirkungen gingen von einem solchen Arrangement aus? Diese Frage lässt sich in drei Schritten beantworten.

((1)) Zunächst zur Marktseite der Nachfrager (Demokratien): Ausgangspunkt der Überlegungen ist, dass die internationale Entwicklungszusammenarbeit bisher durch ein

³⁹ Australien, Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Italien, Japan, Kanada, Luxemburg, Niederlande, Neuseeland, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden, Schweiz, Spanien, USA.

Trittbrettfahrerproblem zwischen Demokratien erschwert wird, was zu systematischen Unterinvestitionen in das öffentliche Gut der Demokratieförderung führt, so dass die artikulierte Zahlungsbereitschaft für Repressionsabbau geringer als möglich ausfällt. Dieses Problem ließe sich durch die Einzahlungsregeln (b) bis (g) erheblich reduzieren. Mit folgenden Anreizwirkungen wäre zu rechnen: Trittbrettfahren verliert deutlich an Attraktivität, da das öffentliche Gut (hier: das mit dem Fondsvolumen einkaufbare Ausmaß an Demokratisierung und Armutsbekämpfung) nur in dem Umfang bereitgestellt wird, in dem sich jeder einzelne Nutzer an der Finanzierung beteiligt hat. Sollte eine einzelne Regierung also feststellen (b), dass sie bisher den geringsten relativen Beitrag hinterlegt hat, so bestünde für sie aufgrund von Regel (d) und (e) ein erheblich größerer Anreiz, ihre individuellen Beiträge aufzustocken, als dies im Status quo der Fall ist: Die Regierung, die prozentual den geringsten Beitrag hinterlegt hat, könnte mit jedem zusätzlichen Anteil ε ihres BIP, den sie hinterlegt, die aktivierte Zahlungsbereitschaft (V) um ein ε des gesamten BIP aller an dem Fonds beteiligten Länder erhöhen.

Ein weiterer Anzeizeffekt kommt hinzu: Gibt es eine Regierung, die glaubt, für das öffentliche Gut eine höhere Zahlungsbereitschaft zu haben als andere Regierungen, so wird es durch dieses Arrangement für sie attraktiver, höhere Beiträge zu hinterlegen: Erstens kann sie auf diese Weise dazu beitragen, dass die ‚säumigen Zahler‘ veranlasst werden, ihre Beiträge aufzustocken. Zweitens riskiert sie aufgrund von Regel (g) nicht, dass andere Nutzer von ihren Mehrleistungen profitieren, ohne sich selbst an den Kosten zu beteiligen.

Ein solches Regel-Arrangement dürfte es Demokratien deshalb wesentlich erleichtern, das Trittbrettfahrerproblem zu überwinden (siehe Abb. 10a). Sie würden in die Lage versetzt, eine ihrem gemeinsamen Interesse an Repressionsabbau (und Armutsbekämpfung) entsprechende Nachfrage nach diesem öffentlichen Gut zu generieren. Diese Kooperation zum wechselseitigen Vorteil ließe sich bereits als eine Form der ‚Entwicklungs-Zusammenarbeit‘ zwischen Demokratien bezeichnen. Die Stiftung, in Abbildung 10b schematisch dargestellt als graue Markierung, löst das Problem kollektiven Handelns auf der Nachfragerseite.

((2)) Nun zur Marktseite der Anbieter (Diktatoren): Wie würde ein Diktator reagieren, wenn er von diesem Arrangement (aufgrund der Regeln h und q) erführe? Hier lauten die zentralen Schlussfolgerungen des Rational-Modells einer Diktatur, dass das Repressionsniveau in Diktaturen aus Sicht des Diktators ein Gleichgewicht darstellt, dass ihm Abweichungen von diesem Gleichgewicht Kosten verursachen und dass er deshalb bereit wäre, dieses Gleichgewicht zu verlassen, wenn ihm diese Kosten mindestens erstattet würden. Dies bedeutet: Sobald das Fondsvolumen größer als null ist, wird das Repressionsgleichgewicht in Diktaturen gestört, da jeder Diktator durch eine Absenkung des Repressionsniveaus individuelle Gewinne erzielen kann.

Um diese These nachzuvollziehen, ist die in Regel (j) genannte Auszahlungsformel näher zu erläutern. Im Zähler der Formel steht die Absenkung f_i des Repressionsniveaus in Land i im Verlauf des letzten Jahres. Dieser Wert wird mit der Einwohnerzahl p_i des Landes i gewichtet. Dadurch wird berücksichtigt, dass der Abbau einer Einheit Repression in großen Ländern vermutlich höhere Kosten verursacht als in kleinen Ländern und dass für (die Bürger von) Demokratien der Nutzen umso größer ist, je mehr Menschen in den Genuss von weniger Repression kommen. Dieser gewichtete Demokratisierungsfortschritt wird mit dem im Vorjahr (d) generierten, dem Diktator bekannten (h) Fondsvolumen V multipliziert. Der gesamte Bruch und damit die

individuelle Auszahlung a_i ist also umso größer, je stärker der Diktator das Repressionsniveau absenkt. Gegeben die Absenkungen des Repressionsniveaus in anderen Ländern, hat jeder Diktator somit einen Anreiz, Kosten und Nutzen einer Substitution von Repression durch Loyalitätskauf abzuschätzen und den Substitutionsprozess so lange durchzuführen, bis der erwartete Grenzertrag und die erwarteten Grenzkosten sich ausgleichen und ein neues Gleichgewicht erreicht ist.

In dem skizzierten Arrangement hat dieses individuell rationale, nutzenmaximierende Verhalten eines einzelnen Diktators Rückwirkungen auf alle anderen Diktatoren: Im Nenner der Formel (j) steht die Summe aller – mit der jeweiligen Bevölkerungszahl gewichteten – Absenkungen des Repressionsniveaus, also gleichsam der weltweite Demokratisierungsfortschritt. Folglich vergrößert jede Absenkung des Repressionsniveaus den Nenner der Formel. Auf diese Weise führt der Demokratisierungsfortschritt in einem Land dazu, dass *ceteris paribus* die Auszahlungen für die Regierungen aller anderen Länder sinken. Betreibt ein Diktator in seinem Land Repressionsabbau, so sendet er dadurch – vermittelt über die Formel – einen externen Effekt an alle anderen Diktaturen aus, den er jedoch in seinem individuellen Kalkül nicht in Rechnung stellt. Die Folge: Jeder Diktator versucht, *auf Kosten der anderen* möglichst hohe Zahlungen für Repressionsabbau zu erhalten. Unter den Diktatoren entsteht so ein Wettbewerb um Demokratisierungsfortschritte, eine ‚Entwicklungs-Konkurrenz‘ (vgl. Abb. 10b).⁴⁰

Die Regeln (k) bis (o) dienen dazu, Diktatoren daran zu hindern, in strategisch-manipulativer Absicht gezielt Rückschritte im Prozess der Absenkung des Repressionsniveaus herbeizuführen, denn Fortschritte würden nur in Relation zum Ausgangsjahr belohnt, und Rückschritte würden zu einer Sperrung des Auszahlungskontos führen.

((3)) Zuletzt zum Verhältnis zwischen beiden Marktseiten: Hier ist zu fragen, ob durch dieses Arrangement das Vertragsdurchsetzungsproblem zwischen Demokratien und Diktaturen gelöst werden kann. Zwar würden bei der hier vorgeschlagenen Lösung keine Verträge im formalrechtlichen Sinne zwischen demokratischen Regierungen und Diktatoren abgeschlossen. Dennoch könnte der Austausch von Leistung und Gegenleistung indirekt über die Stiftung erfolgen, die in Abb. 10b grau hinterlegt dargestellt ist. Demokratien würden also durch die Hinterlegung von Geldern nicht sich selbst, sondern diese Stiftung dazu verpflichten, Diktatoren für eine Absenkung des Repressionsniveaus zu bezahlen. Diese Verpflichtung wäre aufgrund der Bindung der Stiftung an ihre eigene Satzung (b) glaubhaft. Außerdem wäre die Höhe des generierten Fondsvolumens (h) und das Regelwerk selbst (q) der Anbieterseite bekannt, so dass es sich faktisch um ein verbindliches Zahlungsangebot seitens der Stiftung handelt, das Diktatoren dann durch die Absenkung des Repressionsniveaus annehmen können. Die Vorschrift (r), welche eine kurzfristige Regeländerung unterbindet, dient in diesem Zusammenhang dazu, Diktatoren Planungssicherheit zu geben und dadurch ihre Bereitschaft zu erhöhen, die Risiken einer Investition in Repressionsabbau einzugehen.

Je glaubwürdiger diese Regeln sind, desto glaubwürdiger sind die Anreize, welche auf der Anbieterseite einen Wettbewerb um die Absenkung des Repressionsniveaus in Kraft setzen. Dies hat wiederum Rückwirkungen auf die Nachfragerseite: Der Grenzertrag jedes individuellen Finanzierungsbeitrags, den eine einzelne demokratische

⁴⁰ Unter den Regeln des skizzierten Arrangements ist es daher wenig wahrscheinlich, dass sich die Diktatoren zu einem Kartell zusammenschließen können, um die Konditionen der Entwicklungszusammenarbeit zu ihren Gunsten zu manipulieren.

Regierung leistet, wäre bei Inkraftsetzung einer ‚Entwicklungs-Konkurrenz‘ auf der Anbieterseite höher als im Status quo. Das öffentliche Gut erscheint in der individuellen Wahrnehmung als verbilligt. Deshalb werden rationale demokratische Regierungen bei einer simultanen Lösung beider Probleme vergleichsweise größere Beiträge zur Finanzierung des öffentlichen Gutes leisten, als es allein durch die Lösung des Trittbrettfahrerproblems zu erwarten wäre.

2. Ein Rechenbeispiel

((1)) Ein konkretes Beispiel soll die grundsätzliche Funktionsweise des Arrangements verdeutlichen: Freedom House zufolge konnten im Vergleich der Jahre 2005 und 2006 von 193 untersuchten Ländern lediglich 15 ihr Rating verbessern, während 19 Länder zurückgestuft wurden. Hätte im Frühjahr 2007 ein Fondsvolumen von 50 Mrd. US-Dollar zur Ausschüttung angestanden – dies entspricht ca. 0,15% des BIP der DAC-Länder –, so hätten 15 Regierungen an der Ausschüttung partizipiert. Die Tabelle auf der folgenden Seite (Abb. 11) zeigt die FHI-Ratings dieser Länder für die Jahre 2005 und 2006 in den beiden gemessenen Kategorien politische Rechte und bürgerliche Freiheiten, die sich daraus jeweils ergebenden Reformfortschritte f_i , die Bevölkerungszahl p_i und die mittels der in Regel (j) genannten Formel berechneten Auszahlungsbeträge r_i . Weiter lassen sich der Tabelle die individuellen Auszahlungen relativ zum BIP dieser Länder r_i/BIP_i sowie relativ zu den jährlichen Staatseinnahmen r_i/B_i (jeweils offizielle Wechselkurse) entnehmen.⁴¹

Die Regierung von Bosnien-Herzegowina erreichte beispielsweise eine Heraufstufung in der Kategorie „politische Rechte“. Ihr FHI-Rating verbesserte sich von (4, 3) für das Jahr 2005 auf (3, 3) für das Jahr 2006. Bei einer Bevölkerung von ca. 4,6 Mio. und gegebenen Fortschritten in anderen Ländern hätte dies eine Auszahlung in Höhe von 0,97 Mrd. US-Dollar nach sich gezogen, was in etwa 6,8% des bosnischen BIP bzw. 17% der bosnischen Staatseinnahmen p.a. entspricht.

Die Regierung Syriens hingegen konnte eine Heraufstufung um einen Punkt in der Kategorie „Bürgerfreiheiten“ erzielen. Ihr FHI-Rating verbesserte sich vom schlechtesten möglichen Rating (7, 7) auf (7, 6). Da Syrien mit knapp 20 Mio. Einwohnern etwa viermal bevölkerungsreicher ist als Bosnien-Herzegowina, wäre auch der Auszahlungsbetrag mit 4,1 Mrd. US-Dollar etwa viermal so hoch gewesen. Allerdings ist Syrien zugleich auch wirtschaftlich weniger entwickelt als Bosnien-Herzegowina. Die Einnahmen des syrischen Staates pro Kopf der Bevölkerung sind relativ gering. Deshalb hätte dieser Auszahlungsbetrag bereits etwa 47% der syrischen Staatseinnahmen ausgemacht.

Die mit Abstand größten Fortschritte erzielte die Regierung Haitis. Sie konnte eine Heraufstufung um insgesamt vier Punkte von (7, 6) auf (4, 5) vorweisen. Dafür hätte sie eine Auszahlung in Höhe von 7,39 Mrd. US-Dollar erhalten, was nicht weniger als 1920% ihrer jährlichen Einnahmen entspricht.

Doch selbst dieser extrem hohe Wert wäre von der Regierung des Kongo (Kinshasa) noch übertroffen worden: Die kongolesische Regierung hätte durch eine Heraufstufung im FHI um nur einen einzigen Punkt von (6, 6) auf (5, 6) eine Ausschüttung in Höhe

⁴¹ Quelle: Freedom House (2007), Central Intelligence Agency (2007), eigene Berechnung. Bei den Daten der CIA handelt es sich um Schätzungen.

von 13,95 Mrd. US-Dollar generieren können. Das entspricht fast 2000% ihrer jährlichen Einnahmen.

<i>Land i</i>	FHI_i 2005	FHI_i 2006	f_i	p_i (Mio.)	r_i (Mrd. \$)	r_i/BIP_i (%)	r_i/B_i (%)
Bosnien- Herzegowina	(4, 3)	(3, 3)	1	4,6	0,966	10,5	17,1
Komoren	(4, 4)	(3, 4)	1	0,7	0,151	37,6	547
Kongo (Kinshasa)	(6, 6)	(5, 6)	1	65,8	13,953	173,7	1993,3
Guatemala	(4, 4)	(3, 4)	1	12,7	2,701	7,7	70,3
Guyana	(3, 3)	(2, 3)	1	0,7	0,163	19,7	45,3
Haiti	(7, 6)	(4, 5)	4	8,7	7,390	124,3	1919,6
Kuwait	(4, 5)	(4, 4)	1	2,5	0,532	0,9	0,9
Liberia	(4, 4)	(3, 4)	1	3,2	0,678	75,1	794,2
Malawi	(4, 4)	(4, 3)	1	13,6	2,887	132,9	352,7
Mauritanien	(6, 4)	(5, 4)	1	3,3	0,694	42,3	164,8
Nepal	(6, 5)	(4, 5)	2	28,9	12,266	171,5	1063,9
Syrien	(7, 7)	(7, 6)	1	19,3	4,099	16,9	47,1
Trinidad und Tobago	(3, 2)	(2, 2)	1	1,1	0,224	1,4	3,5
Verein. Arab. Emirate	(6, 6)	(6, 5)	1	4,4	0,943	0,6	1,6
Sambia	(4, 4)	(3, 4)	1	11,5	2,436	41,9	91,1

Abb. 11: Hypothetische Auszahlungen für Repressionsabbau im Jahr 2006

Bei dieser Beispielrechnung ist zu berücksichtigen, dass die Auszahlungen r_i den Staatshaushalten dieser Länder nicht schlagartig, sondern in Form eines kontinuierlichen Zahlungsstromes zufließen würden, und zwar unter der Bedingung, dass die Fortschritte von Dauer sind. Zu berücksichtigen ist ferner, dass die Heraufstufungen im FHI, die dem Rechenbeispiel zugrunde liegen, bereits ohne die Anreizwirkung eines solchen Fonds zustande gekommen sind. Der Zweck des Fonds besteht jedoch gerade darin, die Regierungen von Entwicklungsländern zu *zusätzlichen* Reformanstrengungen zu veranlassen. Bei einer dynamischen Betrachtung des skizzierten Arrangements wäre damit zu rechnen, dass (aufgrund der Anreize) weltweit *mehr* Repression abgebaut wird als im Status quo und dass folglich der Auszahlungsbetrag pro Einheit Repressionsabbau *sinkt*. Es würden Demokratisierungsprozesse ausgelöst, die erst dann an ihr Ende gelangen, wenn bei gegebenem Fondsvolumen sich für die Regierungen politischer Entwicklungsländer ein weiterer Repressionsabbau nicht mehr lohnt, weil ihre Grenzkosten die Grenzerträge zu übersteigen beginnen, und wenn gleichzeitig die Geberländer nicht mehr bereit sind, das Fondsvolumen noch weiter zu erhöhen.

Damit von dem Arrangement eine effektive Anreizwirkung ausgehen kann, müssen das Fondsvolumen und die Auszahlungsmodalitäten ex ante bekannt sein. Nur dann nämlich können die politischen Führungen aller potentiellen Anbieter von Demokratisierung verlässliche Erwartungen darüber bilden, ob und in welchem Umfang eine Absenkung des Repressionsniveaus sich für sie lohnen könnte. Dabei dürften die Anreize, dies zu tun, in den ärmsten Ländern am höchsten sein, denn die Auszahlungen,

die sich dadurch generieren lassen, machen sich in den öffentlichen Haushalten armer Länder vergleichsweise stärker bemerkbar als in denen reicher Länder. Da nun aber gerade in den ärmsten Ländern in der Regel auch die größten politischen Entwicklungsdefizite vorliegen, dürfte dieses Arrangement tatsächlich das Potential bergen, Armutsbekämpfung *durch* Demokratisierung gerade dort zu fördern, wo beides wohl am dringendsten erwünscht, gegenwärtig aber am schwierigsten möglich ist.⁴² in ökonomisch rückständigen Diktaturen.

Auch dürfte dieses Arrangement in besonderer Weise geeignet sein, den – in politischer, institutioneller, sozioökonomischer, kultureller, religiöser Hinsicht usw. – oft sehr spezifischen Bedingungen in ganz unterschiedlichen Zielländern Rechnung zu tragen: Die Regierungen dieser Länder können nämlich Heraufstufungen im FHI letztlich nur erreichen – und auf Dauer stellen –, indem sie mit Oppositionellen und anderen politischen oder zivilgesellschaftlichen Akteuren in *Verhandlungen* eintreten über institutionelle Reformen auf dem Weg zu mehr Demokratie. Da etwaige Verhandlungserfolge prämiert werden, können beide Seiten die dadurch zusätzlich verfügbar werdenden Mittel so einsetzen, dass auch hier Potentiale wechselseitiger Besserstellung ausgeschöpft werden. Allerdings würden die Reformen, die notwendig sind, um solche Auszahlungen zu generieren, im Gegensatz zur heute weit verbreiteten Praxis der Entwicklungs-,Zusammenarbeit‘ nicht von vermeintlichen Demokratie-, Armuts- oder Länder-Experten geplant und top-down verordnet, sondern sie würden bottom-up von den direkt betroffenen Akteuren selbst erdacht und implementiert. Statt Reformergebnisse zu diktieren, würden Reformprozesse stimuliert.⁴³

((2)) Zur Einordnung: Bei diesem Rechenbeispiel handelt es sich lediglich um eine grobe Skizze. Sollten reale Akteure der internationalen Entwicklungszusammenarbeit in Erwägung ziehen, ein ähnliches Arrangement zu implementieren, so wären zuvor zahlreiche derzeit noch offene Fragen zu diskutieren. Einige seien hier zumindest genannt.

Zunächst wäre zu klären, welcher der gängigen Freiheits-, Demokratie-, oder Governance-Indizes – oder welche Kombination dieser Indizes – besonders geeignet sein könnte, einen Rückgang des Repressionsniveaus jährlich zu messen. Alternativ wäre es auch denkbar, zu diesem Zweck einen neuen Index zu erstellen.

⁴² Vgl. hierzu beispielsweise Brainard (2007; S. 26).

⁴³ Diese Überlegung ist anschlussfähig an den spieltheoretischen Ansatz von Acemoglu und Robinson (2006). Sie modellieren Demokratisierung als Ergebnis eines politischen Prozesses, in dem die in einer Diktatur herrschenden Eliten der unterdrückten Bevölkerungsmehrheit institutionelle Zugeständnisse machen. Solche Zugeständnisse können im Modell nur unter ganz bestimmten, historisch seltenen Situationsbedingungen wechselseitig vorteilhaft und damit anreizkompatibel sein. Vgl. Wockenfuß (2007). Ähnlich argumentieren bereits Pies und Voigt (2004). Seit dem Beitrag von Lipset (1959) gibt es eine bibliothekenfüllende Literatur, die sich – bislang ohne befriedigende Antwort – mit der Frage beschäftigt hat, wie die historische Konstellation beschaffen sein muss, damit ein Demokratisierungsprozess wahrscheinlich oder auch nur möglich wird. Aus der Perspektive des hier vertretenen Denkansatzes verliert diese Frage dramatisch an Bedeutung. Denn man muss eine solche Konstellation nicht abwarten, sondern kann sie mit dem Arrangement herbeiführen: Durch die Prämierung aller Verhandlungsergebnisse, welche in Richtung Demokratisierung weisen, wird den von Acemoglu und Robinson (2006) modellierten Akteuren systematisch ein Anreiz gegeben, sich auf Maßnahmen zum Repressionsabbau zu einigen, ohne dass die Geldgeber über die konkreten Details dieser Abmachungen Kenntnis haben müssen: Anreizkompatibilität ermöglicht Informationseffizienz. Hierin liegt ein großer Vorteil der Umstellung von Fremdsteuerung auf Selbststeuerung.

Bei dem gewählten Index wäre dann eine möglichst feine Skala von Vorteil. Eine derart grobe Skalierung, wie sie in der obigen Beispielrechnung verwendet wurde, würde nämlich im Falle einer Heraufstufung Indiens oder Chinas im FHI dazu führen, dass fast das gesamte Fondsvolumen allein an diese Länder ausgeschüttet würde. Aus Sicht der Regierungen kleinerer Staaten entstände dadurch ein hohes, schwer kalkulierbares Risiko, trotz eines erfolgreichen Repressionsabbaus nicht in der erwarteten Höhe belohnt zu werden. Diese Unsicherheit könnte die Regierungen kleinerer Länder von vornherein zu geringeren Investitionen veranlassen. Zudem wäre nicht auszuschließen, dass politische Instabilität bis hin zum Bürgerkrieg hervorgerufen wird, sollte durch ein Ausbleiben erwarteter Mittelzuflüsse das angepeilte Machtniveau nicht mehr gewährleistet werden können.

Des Weiteren wäre dem Problem zu begegnen, dass versucht werden könnte, die empirische Messung von Fortschritten beim Repressionsabbau manipulativ zu beeinflussen: Manipulationsversuche können sowohl von Diktaturen als auch von Demokratien ausgehen. Die Gefahren reichen von der Datenfälschung über eine fehlerhafte Datenverarbeitung bis hin zur Korruption. Neben der möglichen Manipulation von Ratings oder Auszahlungen bestünde eine weitere Manipulationsgefahr darin, dass potentielle Empfängerländer versuchen könnten, durch Kartellbildung den Wettbewerb auf ihrer Marktseite auszuschalten und gezielt nur geringere Fortschritte als möglich anzustreben: Durch ein abgestimmtes, kollusives Verhalten können diktatorische Regimes die Auszahlungen pro Einheit Repressionsabbau in die Höhe treiben. Dem muss vorgebeugt werden.

Ein anderes Problem könnte entstehen, wenn demokratische Regierungen versuchen sollten, ihre Sperrminorität strategisch zu missbrauchen, um auf andere demokratische Regierungen Druck auszuüben. Die gezielte – oder auch nur angedrohte – Weigerung einer einzelnen Regierung, Finanzierungsbeiträge zu hinterlegen, könnte verhindern, dass überhaupt ein Fondsvolumen generiert werden kann.

Ferner wäre zu diskutieren, ob alle Länder, die nicht über ein Repressionsniveau von null verfügen, in diese Art der Entwicklungszusammenarbeit aufgenommen werden sollten, und welche Anreizwirkungen von dem Arrangement ausgingen, falls das zweite Entwicklungsziel der Armutsbekämpfung direkt in die Auszahlungsformel aufgenommen würde.

Und schließlich stellt sich die Frage, ob und wie die Unabhängigkeit und Glaubwürdigkeit eines solchen Arrangements zu gewährleisten ist. Glaubwürdigkeit kann nur hergestellt werden, wenn die Organisation, welche die Zahlungsströme abwickelt, regierungsunabhängig ist. Dass dies prinzipiell möglich ist, zeigt das Beispiel unabhängiger Notenbanken. Ob allerdings, wie hier angeregt, eine Stiftung öffentlichen Rechts diese Unabhängigkeit gewährleisten kann, oder ob dazu eine staatliche, eine internationale, eine supranationale oder gar eine private Organisation möglicherweise besser geeignet sein könnte, ist eine noch weitgehend offene Frage.⁴⁴

⁴⁴ Auch wenn die hier vorgestellten theoretischen Überlegungen auf den ersten Blick unkonventionell erscheinen mögen – ein ähnlicher Ansatz existiert bereits in der Praxis: Mo Ibrahim, ein Mobilfunkunternehmer britisch-sudanesischer Abstammung, der in seiner Jugend übrigens glühender Marxist war, hat als reicher Privatmann im Jahr 2006 die ‚Mo Ibrahim Foundation‘ gegründet. Diese Stiftung vergibt jährlich den ‚Mo Ibrahim Prize for Achievement in African Leadership‘ an ehemalige afrikanische Staatseführer. Der Preis ist mit 5 Mio. Dollar zuzüglich einer lebenslangen Rente wohl die höchstdotierte Auszeichnung der Welt. Er wurde erstmals im Jahr 2007 an den ehemaligen Präsidenten Mosambiks, Joaquim Chissano, vergeben. Chissano beendete den

V. Schlussbetrachtung

Es gehört zu den Eigentümlichkeiten des entwicklungspolitischen Diskurses, so wie er in den letzten Jahren und Jahrzehnten geführt worden ist, dass häufig – entweder explizit oder implizit – unterstellt wird, es gebe eine Zielkomplementarität zwischen Demokratieförderung und Armutsbekämpfung. Dabei beruft man sich in der Regel auf einen empirischen Befund: auf die im Länderquerschnitt in der Tat sehr deutlich nachweisbare positive Korrelation zwischen Demokratisierungsgrad und ökonomischer Prosperität (vgl. Abb. 2). Dies hat in der Praxis der Entwicklungszusammenarbeit dazu geführt, dass zumeist versucht wird, beide Zieldimensionen umstandslos simultan zu verfolgen – mit bisher wenig überzeugenden Resultaten.

Im vorliegenden Beitrag werden diese bislang wenig überzeugenden Resultate darauf zurückgeführt, dass es aufgrund der politischen Binnenlogik in zahlreichen Entwicklungsländern zu einem Trade-Off zwischen beiden Zieldimensionen kommt: Entwicklungspolitisch motivierte Maßnahmen der Armutsbekämpfung können autokratische Regimes stabilisieren, anstatt Demokratisierungsprozesse auszulösen. Und umgekehrt kann der Fall auftreten, dass Maßnahmen, die auf eine Schwächung autokratischer Regimes ausgerichtet sind, nicht nur politischen Druck auf die jeweilige Regierung ausüben, sondern ungewollt auch die Bevölkerung dieser Länder wirtschaftlich in Mitleidenschaft ziehen.

Ein solcher Trade-Off ist freilich nicht unüberwindbar. Er ist kein Schicksal. Man kann den situativ auftretenden Zielkonflikt zwischen Demokratieförderung und Armutsbekämpfung auflösen. Eine orthogonale Positionierung ist möglich. Sie setzt jedoch voraus, dass man den Trade-Off zuvor klar ins Auge fasst und eine entsprechende Umgestaltung des internationalen Ordnungsrahmens gezielt in Angriff nimmt. Der vorliegende Beitrag skizziert einen Vorschlag hierzu. Er liefert kein Patentrezept. Aber er markiert die Richtung, in der nach Verbesserungsvorschlägen gesucht werden kann. Es geht darum, jene Denk- und Handlungsblockaden aufzubrechen, die dadurch zustande kommen, dass in der Theorie und Praxis der Entwicklungszusammenarbeit das Eigeninteresse politischer Akteure – insbesondere diktatorischer Regimes – bislang nicht systematisch in Rechnung gestellt wird.

jahrelangen Bürgerkrieg in Mosambik und trat freiwillig von seinem Präsidentenamt zurück, obwohl er nach der Verfassung für eine weitere Periode hätte kandidieren dürfen. Der Preis setzt eine hohe Prämie auf integeres Verhalten. Vgl. Pinzler (2007).

Literatur

- Acemoglu, Daron und James A. Robinson (2006): *Economic Origins of Dictatorship and Democracy*, New York.
- Arrow, Kenneth (1951): *Social Choice and Individual Values*, New York.
- Becker, Gary S. (1958, 1982): Wettbewerb und Demokratie, in: Ders.: *Der ökonomische Ansatz zur Erklärung menschlichen Verhaltens*, Tübingen, S. 33-39.
- Brainard, Lael (2007): A Unified Framework for U.S. Foreign Assistance, in: Lael Brainard (Hrsg.), *Security by other Means. Foreign Assistance, Global Poverty, and American Leadership*, Washington D.C., S. 1-31.
- Buchanan, James M. und Gordon Tullock (1962, 1990): *The Calculus of Consent. Logical Foundation of Constitutional Democracy*, Ann Arbor.
- Central Intelligence Agency (2007): *The World Factbook*. Internet-Datenbank der University of Missouri, St. Louis: <http://www.umsl.edu/services/govdocs/wofact2007/index.html> (Zugriff am 17. April 2008).
- Coase, Ronald (1960): The Problem of Social Cost, in: *Journal of Law and Economics*, Vol. 3, Nr. 1, S. 1-44.
- Collier, Paul (2007): *The Bottom Billion – Why the Poorest Countries are Failing and What Can Be Done About It*, New York.
- Cox, Dan G. und A. Cooper Drury (2006): Democratic sanctions: connecting the democratic peace and economic sanctions, in: *Journal of Peace Research* 43(6), November 2006, S. 709-722.
- Downs, Anthony (1957): *An Economic Theory of Democracy*, New York.
- Easterly, William R. (2001): *The Elusive Quest for Growth: Economists Adventures and Misadventure in the Tropic*, Cambridge, MA.
- Easterly, William R. (2006): *The White Man's Burden. Why the West's Effort to Aid the Rest Have Done so Much Ill and so Little Good*, New York.
- Freedom House (2007): *Freedom in the World 2006. The Freedom House Annual Survey of Political Rights and Civil Liberties*, New York.
- Freedom House (2008): *Freedom in the World 2007. The Freedom House Annual Survey of Political Rights and Civil Liberties*, New York.
- Fukuyama, Francis (1992): *The End of History and the Last Man*, New York.
- Hielscher, Stefan und Ingo Pies (2006): Internationale Öffentliche Güter – Ein neues Paradigma der Entwicklungspolitik?, in: Udo Ebert (Hrsg.): *Wirtschaftsethische Perspektiven VIII. Grundsatzfragen, Unternehmensethik, Institutionen, Probleme internationaler Kooperation und nachhaltiger Entwicklung*, Berlin, S. 201-227.
- Homann, Karl und Ingo Pies (1994a): Wie ist Wirtschaftsethik als Wissenschaft möglich? Zur Theiestrategie einer modernen Wirtschaftsethik, in: *Ethik und Sozialwissenschaften* 5(1), S. 94-108.
- Homann, Karl und Ingo Pies (1994b): Wirtschaftsethik in der Moderne: Zur ökonomischen Theorie der Moral, in: *Ethik und Sozialwissenschaften* 5(1), S. 3-12.
- Huntington, Samuel P. (1991): *The Third Wave: Democratization in the late twentieth century*, Norman, Oklahoma.
- Lipset, Seymour M. (1959): Some Social Requisites for Democracy: Economic Development and Political Legitimacy, in: *American Political Science Review* Nr. 53, S. 69-105.

- OECD (2008): Development Co-operation Report 2007, Bd. 9, Nr. 1, Paris.
- Olson, Mancur (1965; 1985): Die Logik des kollektiven Handelns, 2. Auflage, Tübingen.
- Olson, Mancur (2000): Power and Prosperity: Outgrowing Communist and Capitalist Dictatorships, New York.
- Petrick, Martin und Ingo Pies (2007): In search for rules that secure gains from cooperation: the heuristic value of social dilemmas for normative institutional economics, in: European Journal of Law and Economics 23, S. 251-271.
- Pies, Ingo, Markus Beckmann, Stefan Hielscher (2007): Mind the Gap! – Ordonomische Überlegungen zur Sozialstruktur und Semantik moderner Governance, Diskussionspapier des Lehrstuhls für Wirtschaftsethik an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Nr. 2007-16, Halle.
- Pies, Ingo (2000a): Wirtschaftsethik als ökonomische Theorie der Moral – Zur fundamentalen Bedeutung der Anreizanalyse für ein modernes Ethik-Paradigma, in: Wulf Gaertner (Hrsg.): Wirtschaftsethische Perspektiven V. Methodische Ansätze, Probleme der Steuer- und Verteilungsgerechtigkeit, Ordnungsfragen. Schriften des Vereins für Socialpolitik, Band 228/V, Berlin, S. 11-33.
- Pies, Ingo (2000b): Theoretische Grundlagen demokratischer Wirtschaftspolitik – Der Beitrag von Ronald Coase, in: Ingo Pies und Martin Leschke (Hgg.), Ronald Coase' Transaktionskosten-Ansatz, Tübingen, S. 1-29.
- Pies, Ingo und Markus Sardison (2006): Wirtschaftsethik, in: Nikolaus Knoepffler, Peter Kunzmann, Ingo Pies und Anne Siegetsleitner (Hrsg.): Einführung in die Angewandte Ethik, Freiburg und München, S. 267-298.
- Pies, Ingo (2008): Markt und Organisation – Programmatische Überlegungen zu Wirtschafts- und Unternehmensethik, Diskussionspapier des Lehrstuhls für Wirtschaftsethik an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Nr. 2008-2, Halle.
- Pies, Ingo und Peter Sass (2006): Korruptionsprävention als Ordnungsproblem – Wirtschaftsethische Perspektiven für Corporate Citizenship als Integritätsmanagement, in: ORDO – Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, Bd. 57, Stuttgart, S. 341-369.
- Pies, Ingo und Cora Voigt (2004): Demokratie in Afrika – Eine wirtschaftsethische Stellungnahme zur Initiative „New Partnership for Africa's Development“, Wirtschaftsethische Perspektiven VIII. Grundsatzfragen, Unternehmensethik, Institutionen, Probleme internationaler Kooperation und nachhaltiger Entwicklung, Berlin, S. 153-172.
- Pigou, Arthur C. (1912): Wealth and Welfare, London.
- Pinzler, Petra (2007): „Immer schön sauber bleiben“, in: DIE ZEIT, 27.12.2007, Nr. 1, <http://www.zeit.de/2008/01/Portrait-Ibrahim?page=all> (Zugriff am 12. März 2008).
- Robinson, James A. (2006): Economic Development and Democracy, in: Annual Review of Political Science 9, S. 503-527.
- Sachs, Jeffrey D. (2005): The End of Poverty: Economic Possibilities of our Time, New York.
- Schumpeter, Joseph A. (1942): Capitalism, Socialism and Democracy, New York.
- Sobek, David, M. Rodwan Abouharb und Christopher G. Ingram (2006): The Human Rights Peace: How the Respect for Human Rights at Home Leads to Peace Abroad, in: Journal of Politics 68(3), August 2006, S. 519-529.
- Sunde, Uwe (2006): Wirtschaftliche Entwicklung und Demokratie, in: Perspektiven der Wirtschaftspolitik, 2006 7(4), S. 471-499.
- Tullock, Gordon (1987): Autocracy, Dordrecht.

UNO (2000): United Nations Millennium Declaration, A/Res/55/2, New York.

UNO (2007): Millennium Development Goals Report, New York.

Wintrobe, Ronald (1990): The Tinpot and the Totalitarian: An Economic Theory of Dictatorship, in: *American Political Science Review* 84, 1990, S. 849-872.

Wintrobe, Ronald (1998): *The Political Economy of Dictatorship*, New York.

Wockenfuß, Christof (2007): Ökonomische Überlegungen zur Entstehung von Demokratie. Anmerkungen zum Buch von Daron Acemoglu und James A. Robinson „Economic Origins of Dictatorship and Democracy“, in: *ORDO - Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft*, Bd. 58, S. 262-265.

Diskussionspapiere⁴⁵

- Nr. 2008-3 **Ingo Pies, Christof Wockenfuß**
Armutsbekämpfung versus Demokratieförderung: Wie lässt sich der entwicklungs-
politische Trade-Off überwinden?
- Nr. 2008-2 **Ingo Pies**
Markt und Organisation: Programmatische Überlegungen zur Wirtschafts- und
Unternehmensethik
- Nr. 2008-1 **Ingo Pies**
Unternehmensethik für die Marktwirtschaft:
Moral als Produktionsfaktor
- Nr. 2007-23 **Ingo Pies**
Globalisierung und Soziale Marktwirtschaft: Eine wirtschaftsethische Perspektive
- Nr. 2007-22 **Hans-Ulrich Zabel**
Nachhaltigkeit mit ethischen Herausforderungen
- Nr. 2007-21 **Klaus Beckmann**
Jon Elster und das Zeitinkonsistenz-Problem
- Nr. 2007-20 **Ingo Pies, Stefan Hielscher**
Nachhaltigkeit in Forschung und Lehre – Die „Principles for Responsible Management
Education“ des UN Global Compact
- Nr. 2007-19 **Claus Offe**
Die genetische Entschlüsselung der politischen Ordnung
Jon Elster über Selbstbindung und die Verfassungsprozesse in Osteuropa
- Nr. 2007-18 **Ingo Pies, Jörg Viebranz**
Jon Elster und das Problem lokaler Gerechtigkeit
- Nr. 2007-17 **Ingo Pies**
Theoretische Grundlagen demokratischer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik – Der
Beitrag von Jon Elster.
- Nr. 2007-16 **Ingo Pies, Markus Beckmann, Stefan Hielscher**
Mind the Gap! – Ordonomische Überlegungen zur Sozialstruktur und Semantik
moderner Governance
- Nr. 2007-15 **Ingo Pies, Stefan Hielscher, Markus Beckmann**
Theorie für die Praxis – Zehn Thesen zur wirtschafts- und unternehmensethischen
Ausbildung von Führungskräften
- Nr. 2007-14 **Sabine Campe, Lothar Rieth**
Wie können Corporate Citizens im Global Compact voneinander lernen? Bedingungen,
Hemmnisse und Bewertungskriterien
- Nr. 2007-13 **Ingo Pies, Stefan Hielscher, Markus Beckmann**
Wie können Corporate Citizens voneinander lernen? Anregungen für den Global
Compact der Vereinten Nationen
- Nr. 2007-12 **Ingo Pies**
Unternehmensethik in der Marktwirtschaft: Moral als Produktionsfaktor
- Nr. 2007-11 **Ingo Pies**
Fragen und Antworten – Wie reagiert eine ökonomische Theorie der Moral auf die
„Frequently Asked Questions“ zur Wirtschafts- und Unternehmensethik?

⁴⁵ Als kostenloser Download unter <http://ethik.wiwi.uni-halle.de/forschung>. Hier finden sich auch die Diskussionspapiere der Jahrgänge 2003, 2004 und 2005.

- Nr. 2007-10 **Johanna Brinkmann-Braun, Ingo Pies**
The Global Compact's Contribution to Global Governance Revisited
- Nr. 2007-9 **Ingo Pies, Stefan Hielscher**
The International Provision of Pharmaceuticals: A Comparison of Two Alternative Theoretical Strategies for Global Ethics
- Nr. 2007-8 **Markus Beckmann**
NePAD und der African Peer Review Mechanism – Zum Potential politischer Selbstbindung
- Nr. 2007-7 **Karl Homann**
Moral oder ökonomisches Gesetz?
- Nr. 2007-6 **Markus Beckmann, Ingo Pies**
Responsibility and Economics
- Nr. 2007-5 **Ingo Pies, Stefan Hielscher**
Das Problem weltmarktlicher Arzneimittelversorgung:
Ein Vergleich alternativer Argumentationsstrategien für eine globale Ethik
- Nr. 2007-4 **Ingo Pies**
Wie bekämpft man Korruption? – Lektionen der Wirtschafts- und Unternehmensethik
- Nr. 2007-3 **Markus Beckmann**
Ökonomischer Ansatz und die Theorie des Self-Command bei Thomas Schelling
- Nr. 2007-2 **Ingo Pies**
Theoretische Grundlagen demokratischer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik – Der Beitrag von Thomas Schelling
- Nr. 2007-1 **Ingo Pies, Stefan Hielscher**
Das Problem der internationalen Arzneimittelversorgung: Eine wirtschaftsethische Perspektive
- Nr. 2006-13 **Ingo Pies**
Ist Konsens im Konflikt möglich? – Zur gesellschaftstheoretischen und gesellschafts-politischen Bedeutung von Metaspielen
- Nr. 2006-12 **Ingo Pies**
Nachhaltigkeit: eine semantische Innovation von welthistorischer Bedeutung
- Nr. 2006-11 **Markus Beckmann, Ingo Pies**
Ordo-Responsibility – Conceptual Reflections towards a Semantic Innovation
- Nr. 2006-10 **Markus Beckmann, Ingo Pies**
Ordnungsverantwortung – Konzeptionelle Überlegungen zugunsten einer semantischen Innovation
- Nr. 2006-9 **Markus Beckmann, Ingo Pies**
Freiheit durch Bindung – Zur ökonomischen Logik von Verhaltenskodizes
- Nr. 06-8 **Ingo Pies**
Methodologischer Hobbesianismus und das Theorieprogramm einer interessenbasierten Moralbegründung
- Nr. 06-7 **Ingo Pies, Peter Sass**
Korruptionsprävention als Ordnungsproblem – Wirtschaftsethische Perspektiven für Corporate Citizenship als Integritätsmanagement
- Nr. 06-6 **Nikolaus Knoepffler**
Projekt „Wirtschaftsethik“. Zur Aufhebung des Ansatzes von Karl Homann
- Nr. 06-5 **Ingo Pies, Alexandra von Winning**
Die UN-Dekade „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“ und der Beitrag des Global Compact: Eine wirtschaftsethische Perspektive
- Nr. 06-4 **Ingo Pies**
Markt versus Staat? – Über Denk- und Handlungsblockaden in Zeiten der Globalisierung
- Nr. 06-3 **Markus Beckmann, Diana Kraft, Ingo Pies**
Freiheit durch Bindung - Zur Logik von Verhaltenskodizes

- Nr. 06-2 **Sören Buttkereit, Ingo Pies**
The Economics of Social Dilemmas
- Nr. 06-1 **Ingo Pies**
Theoretische Grundlagen demokratischer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik – Der Beitrag von Albert Hirschman

*Wirtschaftsethik-Studien*⁴⁶

- Nr. 2007-1 **Markus Beckmann**
Corporate Social Responsibility und Corporate Citizenship
- Nr. 2005-3 **Ingo Pies, Peter Sass, Roland Frank**
Anforderungen an eine Politik der Nachhaltigkeit – eine wirtschaftsethische Studie zur europäischen Abfallpolitik
- Nr. 2005-2 **Ingo Pies, Peter Sass, Henry Meyer zu Schwabedissen**
Prävention von Wirtschaftskriminalität: Zur Theorie und Praxis der Korruptionsbekämpfung
- Nr. 2005-1 **Valerie Schuster**
Corporate Citizenship und die UN Millennium Development Goals: Ein unternehmerischer Lernprozess am Beispiel Brasiliens
- Nr. 2004-1 **Johanna Brinkmann**
Corporate Citizenship und Public-Private Partnerships: Zum Potential der Kooperation zwischen Privatwirtschaft, Entwicklungszusammenarbeit und Zivilgesellschaft

⁴⁶ Als kostenloser Download unter <http://ethik.wiwi.uni-halle.de/forschung>.